

Stadtparlament

Wortprotokoll

23. Sitzung der Legislatur 2019 - 2023

Dienstag, 28. Juni 2022, 19:00 Uhr, Seeparksaal

Vorsitz: Peter Künzi, FDP/XMV

Entschuldigt: Pascal Ackermann, SVP
Jakob Auer, SP/Grüne
Linda Heller, SP/Grüne
Aurelio Petti, Die Mitte/EVP
Silke Sutter Heer, FDP/XMV

Anwesend Stadtparlament: 25

Anwesend Stadtrat: Michael Hohermuth
Luzi Schmid
Didi Feuerle
Jörg Zimmermann

Protokoll: Nadja Holenstein, Parlamentssekretärin

Traktanden

- 23/1. Mitteilungen
Mitteilungen aus dem Parlamentsbüro
Mitteilungen aus der EBK
- 23/2. Jahresrechnung und -bericht 2021
Eintreten, Detailberatung, Beschlussfassung
- 23/3. Entschädigung Stadtpräsident ad interim ab 1. Juni 2022
Eintreten, Detailberatung, Beschlussfassung
- 23/4. Feuerwehr, Fahrzeug: Ersatzbeschaffung Rüstfahrzeug mit Heck-Kran
Eintreten, Detailberatung, Beschlussfassung
- 23/5. Finanz- und Geschäftsprüfungskommission, Ergänzungswahl
Rücktritt Lukas Graf, SP/Grüne
- 23/6. Redaktionskommission, Ergänzungswahl
Rücktritt Lukas Graf, SP/Grüne
- 23/7. Reglement Umwelt- und Energiefonds

Bildung einer 7er-Kommission

23/8. Fragerunde

23/9. Informationen aus dem Stadtrat

Präsident Peter Künzi, FDP/XMV: Sehr geehrter Herr Stadtpräsident ad interim, sehr geehrte Herren Stadträte, geschätzte Vertreterinnen und Vertreter der Medien, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Anwesende, ich begrüsse Sie zur heutigen 23. Parlamentssitzung der Legislaturperiode 2019-2023. Speziell begrüssen möchte ich das neue Parlamentsmitglied Irena Noci, SP/Grüne. Irena Noci ist die Nachfolgerin von Lukas Graf und nimmt heute erstmals an einer Parlamentssitzung teil. Irena, ich heisse dich herzlich willkommen und wünsche dir viel Freude und Befriedigung in deiner Funktion als Stadtparlamentarierin. Nicht minder speziell begrüssen darf ich aber auch unsere Gäste. Im Rahmen eines Erfahrungsaustauschs sind heute Abend Vertreterinnen und Vertreter des St. Galler Stadtparlaments bei uns zu Gast. Die Delegation umfasst rund zehn Personen und wird angeführt durch den Parlamentspräsidenten Jürg Brunner. Geschätzte St. Galler Kolleginnen und Kollegen, ich heisse Sie herzlich willkommen zur heutigen Sitzung des Arboner Stadtparlaments und ich hoffe, dass Sie an einer gleichermassen spannenden wie interessanten Sitzung teilnehmen können.

Geschätzte Damen und Herren, seit der letzten Parlamentssitzung vom 10. Mai sind gerade mal sieben Wochen ins Land gezogen und trotzdem hat sich in dieser relativ kurzen Zeit in Arbon einiges bewegt. Beginnen möchte ich mit den zahlreichen Anlässen, welche erfreulicherweise trotz steigender Coronafallzahlen endlich wieder einmal ohne grössere Einschränkungen und Auflagen durchgeführt werden konnten. Am 21. und 22. Mai verwandelte sich Arbon unter dem Label Arbon Classics zum Zentrum der geschichtsträchtigen Verkehrsmittel. Ob in der Luft, im Wasser, auf der Strasse oder auf den Schienen, von der Flugshow bis zur Dampferfahrt erfuhren interessierte Besucherinnen und Besucher Spannendes über die Mobilität des letzten Jahrhunderts. Dieser Event erreichte mit mehreren Zehntausend Besucherinnen und Besuchern internationale Ausstrahlung, war einmal mehr hervorragend organisiert und deshalb beste Werbung für die Stadt Arbon. Aber nicht nur die Arbon Classics sorgten für beste Unterhaltung in Arbon, denn mit dem Grillentanz beim Kriegerdenkmal, dem internationalen Kulturenfest mit 13 teilnehmenden Nationen im Jakob-Züllig-Park, der Präsentation von Arboner Vereinen auf dem Hafendamm oder dem Picknick Jazz ebenfalls im Jakob-Züllig-Park fanden zahlreiche weitere Veranstaltungen statt, welche bei Gross und Klein, bei Jung und Alt für Begeisterung sorgten. Arbon lebt, Arbon ist bunt und Arbon bewegt sich. Diese Vielzahl an gelungenen Anlässen vermag deshalb auch ein wenig darüber hinwegzutrösten, dass ein weiteres Highlight in der Veranstaltungskette, nämlich das allseits geschätzte Seenachtsfest, abgesagt werden musste. Bleibt zu hoffen, dass Mittel und Wege gefunden werden, sodass auch dieser Traditionsanlass im nächsten Jahr wieder seinen Platz im Veranstaltungskalender finden wird.

Und ja, in Arbon ist auch gewählt worden. Nach dem überraschenden Rückzug des SVP-Kandidaten reduzierte sich der Wahlkampf auf ein spannendes Duell zwischen dem Münsterlinger Gemeindepräsidenten René Walther, FDP und seinem Herausforderer, dem Arboner Pfarrer und Vertreter der Mitte, Harry Ratheiser. Am 15. Mai wurde dann René Walther mit 1855 Stimmen bei einem absoluten Mehr von 1636 Stimmen überraschend deutlich bereits im 1. Wahlgang zum neuen Stadtpräsidenten und damit zum Nachfolger von Neo-Regierungsrat Dominik Diezi gewählt. Im Namen des Stadtparlaments darf ich deshalb René Walther an dieser Stelle herzlich zu seiner glanzvollen Wahl gratulieren. Wir freuen uns auf seinen Amtsantritt am 1. September dieses Jahres und wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit dem dannzumal wieder vollzähligen Stadtrat unter seiner Führung.

Mit diesen einleitenden Worten darf ich nun die 23. Parlamentssitzung der Legislaturperiode 2019-2023 für formell als eröffnet erklären.

Nach erfolgtem Namensaufruf stellt der Parlamentspräsident fest, dass 25 Mitglieder des Stadtparlaments anwesend sind. Die Beschlussfähigkeit ist somit gegeben. Das absolute Mehr beträgt 13.

Sie haben die Traktandenliste rechtzeitig erhalten. Gibt es Wortmeldungen zur Traktandenliste?

Die Traktandenliste wird stillschweigend genehmigt.

1. Mitteilungen

Sie haben für die heutige Sitzung mit Versand vom 7. Juni 2022 folgende Unterlagen erhalten:

- Entschädigung Stadtpräsident ad interim ab 1. Juli 2022, die Botschaft
- Reglement Umwelt- und Energiefonds, die Botschaft
- Termine 2023 Parlamentssitzungen, Bürositzungen, Versand. Hier gibt es eine Korrektur. Sie haben deshalb eine aktualisierte Terminliste auf Ihrem Platz vorliegen.

Mit Versand vom 14. Juli 2022:

- Jahresbericht und Jahresrechnung 2021, den Kommissionsbericht der FGK
- Feuerwehr: Ersatzbeschaffung Rüstfahrzeug mit Heck-Kran, die Botschaft

Mit ausserordentlichem Versand vom 19. April 2022:

- Jahresbericht und Jahresrechnung 2021

Mitteilungen aus dem Parlamentsbüro:

Das Protokoll der 22. Parlamentssitzung dieser Legislatur ist genehmigt und im Internet aufgeschaltet.

Nach dem Rücktritt von Lukas Graf ist neu Daniel Bachofen Präsident der Fraktion SP/Grüne. Das Vizepräsidium hat Lukas Auer übernommen.

Einfache Anfragen:

Die einfachen Anfragen Kosten der Vandalen in Arbon von Lukas Auer, SP/Grüne und Feuerwehrersatzabgabe von Jakob Auer, SP/Grüne wurden mit dem Versand zur heutigen Sitzung beantwortet. Eine Diskussion findet nicht statt. Die einfachen Anfragen gelten somit als erledigt.

Mitteilungen aus der Einbürgerungskommission EBK

Gemäss Art. 12 des Einbürgerungsreglements besteht für die Einbürgerungskommission Informationspflicht gegenüber dem Stadtparlament über zu behandelnde Gesuche und über gefasste Beschlüsse.

Esther Straub, Die Mitte, Präsidentin EBK: Ins Bürgerrecht der Stadt Arbon aufgenommen wurden:

- Riegger Christian, 1981, Deutschland
Riegger Tina, 1980, Deutschland
Riegger Paula, 2015, Deutschland
Riegger Nils, 2018, Deutschland
- Postler Thomas, 1981, Deutschland
Postler Melanie, 1982, Deutschland
Postler Sophie, 2011, Deutschland
Postler Julian, 2014, Deutschland
- Mohammadi Jasmin, 2002, Iran
- Uffelmann Marina, 1964, Russland

Im Moment liegen insgesamt 15 Gesuche von 25 Personen vor, die sich im Bewilligungsverfahren befinden, davon sind 2 Gesuche zurückgestellt.

2. Jahresbericht und -rechnung 2021

Präsident Peter Künzi, FDP/XMV: Der Stadtrat hat am 4. April 2022 den Jahresbericht und die Jahresrechnung 2021 zuhanden des Stadtparlaments verabschiedet. Der Stadtrat stellt folgende Anträge:

1. Der Jahresbericht 2021 sei zu genehmigen.
2. Die Jahresrechnung 2021, bestehend aus der Bilanz, der Erfolgsrechnung und der Investitionsrechnung sei zu genehmigen.
3. Der Ertragsüberschuss der Erfolgsrechnung von CHF 2'956'030.67 sei dem Eigenkapital gutzuschreiben.

Die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission empfiehlt Ihnen einstimmig, den Anträgen des Stadtrats vom 4. April 2022 zuzustimmen. Wir kommen zum Eintreten. Ich möchte Sie daran erinnern, dass das Eintreten zu diesem Traktandum obligatorisch ist.

Cyrill Stadler, FDP/XMV, Präsident FGK: Sie haben die Jahresrechnung und den Jahresbericht 2021 und den dazugehörigen Bericht der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission (FGK) erhalten. Ich berufe mich schon fast traditionell für das Eintreten auf Art. 35 der Geschäftsordnung unseres Rats. Ich fasse mich kurz. In der Annahme, dass Ihnen allen zur Vorbereitung der Sitzung die Unterlagen vorgelegen haben, kann ich das auch mit gutem Gewissen tun.

Auch die FGK freut sich über das durchwegs positive Ergebnis, welches fast CHF 3 Mio. über den budgetierten Jahresabschluss liegt. Wir sind nicht beim Samstagsjass, so sind die hohen Differenzpunkte im Vergleich zur Ansage auch weniger entscheidend. Trotzdem wünscht sich die FGK eine Annäherung an die Budgetierung. Würde man die gesprochenen Nachtragskredite noch aufrechnen, so wäre die Abweichung in diesem Jahr sogar bei fast CHF 4 Mio. gelegen. Die Praxis, gute Hochrechnungen mit Nachtragskrediten noch etwas zu begradigen, betrachtet die FGK kritisch. Sie kann aber die Hintergründe sehr gut verstehen und nachvollziehen. Nachtragskredite sind aus Sicht des Parlaments immer auch ein Instrument, das eine Diskussion im Plenum verhindert. Sie sollten ein Instrument sein, das zurückhaltend eingesetzt wird. Kritisch sieht die FGK das tiefe Investitionsvolumen. Das Argumentarium der Verschiebung von Posten in die Erfolgsrechnung greift nach unserer Ansicht nicht ganz. Ein Investitionsanteil von gerade 5.1 % ist relativ tief. Bei der Beurteilung des Budgets 2023 wird die FGK auf diesen Bereich einen besonderen Fokus legen.

Intensiv diskutiert hat die FGK auch das Landkreditkonto. Im Bericht hat die FGK eine klar formulierte Erwartungshaltung eingefügt. Es geht der FGK darum, dass sich der Stadtrat vorbereitet, um wieder schnell reagieren zu können. Dazu braucht es nicht eine höhere Kreditlimite, sondern die Verschiebung der Position Rietli ins Finanzvermögen, mit einer Volksabstimmung verbunden. Damit kann der Stadtrat auch abholen, ob die Bevölkerung mit seiner Transaktion einverstanden war.

Ich bedanke mich im Namen der ganzen FGK bei Dominik Diezi als nun ehemaligen Stadtpräsidenten, dem gesamten Stadtrat und den Mitarbeitenden der Stadt, allen voran Pascal Büchler für die Zusammenarbeit, für die zeitgerechte Beantwortung unserer Fragen, und natürlich bedanke ich mich auch ganz herzlich bei meinen Kolleginnen und Kollegen in der FGK. Die Zusammenarbeit macht so wirklich Spass und wir haben, auch wenn es um Zahlen geht, uns sehr gut verstanden und Ihnen diesen Bericht nun vorlegen können. Die FGK stellt in der Detailberatung keine Anträge und empfiehlt Ihnen einstimmig, dem Antrag des Stadtrats zuzustimmen.

1. Der Jahresbericht 2021 sei zu genehmigen.
2. Die Jahresrechnung 2021, bestehend aus Bilanz, Erfolgsrechnung und Investitionsrechnung sei zu genehmigen.
3. Der Ertragsüberschuss der Erfolgsrechnung von CHF 2'956'030.76 seit dem Eigenkapital gutzuschreiben.

Wie bereits erwähnt, das Eintreten ist obligatorisch.

Michael Hug, Die Mitte/EVP: Die Fraktion Die Mitte/EVP hat sich mit der vorliegenden Rechnung 2021 auseinandergesetzt und ist glücklich über das erneute positive Resultat. Wir bedanken uns beim Stadtrat und der Ressortleitung für diesen sauberen Rechnungsbericht. Die mittlerweile sehr selbsterklärenden Grafiken und Erläuterungen machen es einem einfacher, sich diese doch trockenen Zahlen zu Gemüte zu führen. Wir sind der Meinung, dass die Investitionen jetzt wieder vermehrt betätigt werden müssen. Diese aktuellen Summen erscheinen zu klein und wir laufen Gefahr, dass diese Versäumnisse uns in Kürze einholen könnten. Wir ersuchen in diesem Zusammenhang den Stadtrat, die Investitionen genauer zu budgetieren, denn diese Flut von Nachtragskrediten – mehr als eine halbe Million mehr als üblich – kann als einmalig überdurchschnittlichen Ausrutscher durchgehen, jedoch nicht als Normalfall angesehen werden. Alle müssen trotz gutem Ergebnis weiter dranbleiben und die Gelder bewusst und gut einsetzen. Wir reden jedes Jahr von den gleichen Abweichungen mit den grossen Differenzen: den Sozialausgaben und den Steuereinnahmen und den zugleich kleinsten Beeinflussungsmöglichkeiten. Die Erklärungen dazu decken sich jeweils auch, dass es sehr schwierig sei, diese vorauszusehen. Trotzdem wünschen wir uns in diesem Bereich eine präzisere Budgetierung für die Sozialausgaben und die Steuereinnahmen. Alles in allem sind wir mit der Rechnung und deren Aufbereitung einverstanden und zufrieden. Die Fraktion Die Mitte/EVP folgt den Vorschlägen der FGK.

Rudolf Daepf, SVP: Die SVP dankt allen Mitarbeitenden der Stadt, die dazu beigetragen haben, dass wir auf eine erfreuliche Jahresrechnung schauen dürfen. Bei der Finanzabteilung, der GPK und meinen Kolleginnen und Kollegen der FGK möchte ich mich für die Arbeit im Zusammenhang mit der Rechnung besonders bedanken. Die SVP dankt noch den Steuerzahlern und den Gewinnsteuerzahlenden, die mit ihren Zahlungen das Fundament dieser Rechnung liefern. Sehr hilfreich für das Verständnis sind gute Ausformulierungen bei den Positionen mit grossen Abweichungen vom Budget. Schwierig ist es, einen Gesamtüberblick über externe Dienstleistungen zu erhalten. Vielleicht gibt es Lösungen für die Rechnung 2022.

Zurück zur Rechnung: Wenn man genauer hinschaut, sind es nicht nur die Sparbemühungen, die zu diesem guten Resultat geführt haben, sondern steigende Steuererträge 2021 und weiterhin hohe Gewinnsteuererträge. Hier stellt sich doch die Frage: Wie gelingt es Arbon, diese auf diesem Niveau zu halten? Bei der sozialen Sicherheit und im Asylwesen gab es wie im Vorjahr weniger Aufwände als budgetiert. Auch dies ein positiver Trend.

Dem Personatetat gilt es, ein besonderes Augenmerk zu geben. Die vorgenommenen Personalanpassungen verursachen naturgemäß Mehraufwand. Deshalb unsere vordringliche bitte, dass neue Stellen auf ihre Notwendigkeit genau überprüft werden.

Die SVP-Fraktion schliesst sich den Empfehlungen des Stadtrats und der FGK zur Annahme an.

Heidi Heine, SP/Grüne: Die Fraktion SP/Grüne bedankt sich beim Stadtpräsidenten und beim Stadtrat, Stadtschreiberin Alexandra Wyprächtiger und Abteilungsleiter Finanzen Pascal Büchler sowie der FGK mit Cyrill Stadler als Präsident für die grosse Arbeit. Natürlich sind wir wie alle hier im Saal glücklich, dass Arbon von Jahr zu Jahr finanziell zu genesen scheint und dass wir als Stadt auch diese unsäglich schwierigen Coronajahre zumindest aus Sicht der Finanzen bis heute besser als erhofft überstanden haben. Das stimmt uns dankbar und zuversichtlich. Dennoch sind uns einige Punkte aufgefallen, welche es für kommende Jahre zu bedenken gilt.

Kritisch sehen wir die wiederum zu tiefen Investitionen. Arbon befindet sich aus unserer Sicht mittlerweile in einem Investitionsstau. Hier soll es nachhaltig vorwärtsgehen. Wir sehen die Priorität aktuell bei der Altstadt und dem Seeufer. Pläne zur Badi und Seeparksaal sollen frühzeitig unter starker Berücksichtigung öffentlicher Bedürfnisse offen miteinander diskutiert werden. Die Fraktion wünscht sich ein Projektmanagement der Stadt, das Informationen via

eines zeitgemässen Projektplanungstools transparent an das Stadtparlament und involvierte Gremien kommuniziert. Im Moment fragen sich viele unter uns, wann die lange versprochene neue Website aufgeschaltet wird. Wo genau steht der Masterplan zum Seeufer oder wann werden die ersten Massnahmen in der Altstadt sichtbar und umgesetzt? Gerade, weil Arbon vor verschiedenen grösseren Projekten steht, fordern wir eine vereinheitlichte, transparente Projektführung und Kommunikation.

Etwas, was uns trotz des erfreulichen Abschlusses auch weh macht, ist die sinkende Steuerkraft pro Einwohnerin und Einwohner. Dominik Diezi hat sich dazu geäussert, man könne über die Gründe nur spekulieren. Eine städteplanerische Analyse würden wir begrüssen. Sich als familienfreundliche Stadt zu positionieren, hat neben allen erfreulichen Aspekten starke infrastrukturelle Auswirkungen und Kriterien für Nachhaltigkeit, Mehrwertabgaben wie vom Bund längstens gefordert und bedeuten stärkere Verhandlungen betreffend städtebauliche Verträge erachten wir als einen der Schlüssel, und bei raumplanerischen Aufzonungen benötigen wir auch in Arbon endlich einen fairen Beitrag der Investor/innen an das Gemeinwohl. Arbon könnte darüber die Finanzierung von nötigen Infrastrukturen wie zum Beispiel Kitas, sichere Schulradwege oder öffentlich nutzbare Begegnungsräume realisieren.

Positiv zu erwähnen ist der Strategiewechsel zur Ansiedlung von nachhaltigen Arbeitsplätzen entgegen der früher angestrebten Strategie von Arbon als Wohnstadt. Gern wüssten wir vom Stadtrat, wie er genau nachhaltige Arbeitsplätze definiert und vermissen eine klare Vorgabe zur angestrebten Anzahl von Arbeitsplätzen auf künftigen Industriearealen. Diese Lücke könnte fördern, dass auf Arbons grössten Flächen vollautomatisiert weniger Arbeitsplätze als eigentlich möglich entstehen könnten, was die Stadtentwicklung als Ganzes schwächen könnte.

Die Zahlen zum CO2-Ausstoss geben uns zu denken. Die Verwaltung der Stadt Arbon trägt damit bis heute leider noch unzureichend zu den Klimazielen des Bundes bei. Wir fragen uns daher, ob beim Stadtrat betreffend die Dekarbonisierung unserer Stadt ein Plan besteht, um angestrebte Ziele zeitnah zu erreichen. Erfreulich stimmt uns, dass letztes Jahr einiges mehr an Fotovoltaikanlagen gebaut wurde. Man scheint nun auch in Arbon die Notwendigkeit eines Paradigmenwechsels hin zu erneuerbaren Energien zu erkennen. Das stimmt uns optimistisch, auch wenn wir im städtischen Vergleich anderer Thurgauer Gemeinden wie Frauenfeld und Weinfelden doch noch einiges an Aufholbedarf haben. Julie Deane sagte einmal: "Es ist gut zu wissen, dass man eigentlich alles machen kann, man muss nur damit anfangen".

Und zum Schluss möchte ich noch ein etwas lästiges Thema, welches ich persönlich einbringen möchte, erwähnen, und das ist die gendergerechte Sprache. Sie darf noch mehr Einzug in nächsten Berichten erhalten. Es gibt in der Zwischenzeit auch Investorinnen und auch als Bürgerin werde ich mehrfach gar nicht angesprochen. Ich begrüsse daher, wenn bei zukünftigen Berichten ein spezielles Augenmerk auch darauf gelegt wird, auch wenn es zugegeben etwas Überwindung kostet.

Wir denken, der Stadtrat hat sich sehr fleissig auf den Weg gemacht. Bleiben wir wachsam und setzen mit Sorgfalt auf nachhaltige Entwicklungen die richtigen Prioritäten. Die Fraktion SP/Grüne empfiehlt einstimmig die Annahme der vorgelegten Anträge.

Cyrill Stadler, FDP/XMV: Ich bin gleichzeitig FGK-Präsident und Fraktionspräsident und im Votum der FGK ist die Meinung der Fraktion FDP/XMV zur Genüge abgebildet. Wir verzichten auf eine weitere Wortmeldung.

Riquet Heller, FDP/XMV: Alle Fraktionen haben es unterstrichen, im Rechenschaftsbericht und in der Rechnung wird festgestellt, dass wir hohe Budgetabweichungen nach unten und nach oben haben und dass unsere Regierung mit Nachtragskrediten arbeitet. Es ist uns allen klar, die Budgethoheit liegt beim Parlament. Unsere Regierung missachtet das Budget laufend. Sie regiert ohne grosses Augenmerk auf das Budget und mit Nachtragskrediten. Dies ist eigentlich unzulässig. Wie reagieren wir Parlamentsmitglieder? Wir setzen uns mit dem Budget nicht mehr

so vertieft auseinander. Das ist eh sinnlos, weil vom Budget abgewichen wird und mit Nachtragskrediten gearbeitet wird. Wir ersparen uns das Engagement, in der Fraktion habe ich das deutlich gespürt. Und ein sichtbares Zeichen dieses mangelnden Engagements, dass wir diese Hoheit nicht wahrnehmen, weil sie eh nicht respektiert wird, ist die Mitgliederzahl, die heute anwesend ist. Viele Mitglieder von uns haben durchaus kapiert, dass es heute nicht um die Wurst geht und dass man sich durchaus entschuldigen kann. Ich bitte Sie, dieser Tendenz entgegenzutreten und dem Stadtrat Paroli zu bieten.

Stadtrat Luzi Schmid, Die Mitte: Wir besprechen Jahresbericht und Jahresrechnung 2021 der Stadt Arbon. Vorweg bedanke ich mich natürlich auch für die mehrheitlich wohlwollende Aufnahme der Rechnung in der Eintretensdiskussion. Ich nehme an, das dann in der Detailberatung schon noch die eine oder andere heikle Frage vom Stadtrat zu beantworten ist. Das ist auch richtig so.

Die nackten Zahlen: Bei der Erfolgsrechnung bei einem Totalaufwand von rund CHF 53.3 Mio. und einem Ertrag von CHF 55.3 Mio. ergibt das einen Ertragsüberschuss – man kann auch Gewinn sagen – von knapp CHF 3 Mio. Unsere Gäste von St. Gallen werden mit diesen kleinen Zahlen wenig anfangen können. Ich habe gehört, dass die das Zehnfache haben, da wird von 500 Millionen gesprochen, das sind schon andere Dimensionen. Aber wir sind auch kleiner und wir müssen mit diesem Geld auskommen. Das sind wie gesagt die nackten Zahlen und nun zum Gesundheitszustand und Entwicklungspotential der Stadt Arbon.

Arbon hat sich auch im Jahr 2021 in die richtige Richtung bewegt, steht finanziell auf stärkeren Beinen. Stabile Verhältnisse, das ist uns hier im Saal allen klar, müssen aber Jahr für Jahr gezielt und hart erarbeitet werden.

Die Steuererträge haben sich, wie bereits beim Eintreten gesagt wurde, wiederum erfreulich entwickelt, was vor allem den Gewinn- und Kapitalsteuern von juristischen Personen zuzuschreiben ist.

Auf der Ausgabenseite scheint es, dass die Sozialhilfekosten sich auf tieferem Niveau eingependeln werden. Hier wurden die erwarteten Ausgaben um mehr als CHF 1 Mio. unterschritten. Die vom Kanton beschlossene Umstrukturierung im Flüchtlingswesen, insbesondere deren einseitige Konsequenzen für Arbon, muss vom finanziellen wie personellen Aufwand hier im Auge behalten werden. Die Kosten für die ambulante und stationäre Pflege nehmen Jahr für Jahr zu und bleiben eine Herausforderung. Im Jahr 2021 hat die Stadt Arbon netto CHF 2.6 Mio. dafür aufwenden müssen. Tendenz steigend.

Schwerpunkte und Betätigungsfelder des Stadtrats werden weiterhin bleiben: Qualitativ gute Arbeitsplätze in Arbon und Umgebung zu halten und zu fördern. Mit dem Erwerb des Rietli-Areals wurde ein starkes Zeichen gesetzt. Tourismus: Das wurde vom Präsidenten einleitend gesagt, wir haben gute Veranstaltungen, wir haben von der Bevölkerung her eine gute Zusammenarbeit, hier sind aber noch notwendige Arbeiten zu erledigen. Hier sind wir natürlich um jedes neue Hotel froh, namentlich die neu geplanten Angebote auf dem Saurerwerk 2 und in der Schiffslände sind doch schon positive Entwicklungsschritte. Stadtentwicklung: Auch hier freut es mich, dass St. Gallen hier ist, wir haben beim Agglomerationsprogramm eine sehr gute Zusammenarbeit in der Ostschweiz aufgebaut, speziell mit St. Gallen, damit wir auch die Bundesförderung erhalten. Hier sprechen wir über Geld und Projekte. Stadtentwicklung: Die Masterplanung Seeufer soll demnächst abgeschlossen werden. Die Ortsplanung, ein fast schon unendliches Werk, ist nun endlich abzuschliessen und umzusetzen und bringt gerade in den Bereichen Wohnen, Arbeiten und Freizeit klare Verbesserungen und vorteilhafte Voraussetzungen für Einwohner, Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Hier kommt mir gerade das Votum von Heidi Heine in den Sinn. Gendergerecht ist das nicht, aber bei der Mehrzahl spreche ich halt nur mit er.

Auch wenn wir hier von einem weiteren guten Geschäftsergebnis berichten können, leben wir hier in Arbon bildlich gesprochen oder wie es der Volksmund sagen würde, nach wie vor von der Hand in den Mund. Auf Rosen gebettet zu sein ist anders. Es heisst, die Investitionen müssen wertvermehrend und attraktivitätssteigernd gewählt, die Ausgaben zweckmässig und werterhaltend ausgegeben und die im kantonalen Vergleich unterdurchschnittliche Steuerkraft pro Person gesteigert werden. Zu all diesen Herausforderungen ist auch noch das Polster des Eigenkapitals zu erhöhen, um wirtschaftlich konkurrenzfähig zu werden. Die Mehrausgaben der Zentrumsgemeinden müssen endlich innerhalb der Thurgauer Gemeinden fairer ausgeglichen werden. Hier sind die sechs grössten Gemeinden daran, die grossen Unterschiede in Zahlen und Statistiken aufzuzeigen und festzuhalten, um insbesondere für die stark belasteten Gemeinden, wie das zum Beispiel Arbon ist, finanziell korrekte Ausgleiche herzustellen.

Herausforderungen, die es zu meistern gilt: Darüber werden wir uns im Parlament spätestens dann bei der Budgetberatung unterhalten und sogar streiten und die Ziele neu setzen. Ich hoffe Riquet Heller, das Parlament ist dann komplett. Das Budget ist dann der Massstab für die nächsten Jahre.

Zu Fragen und Bemerkungen aus der Eintretensdebatte oder die im FGK-Bericht enthalten sind: Zu viele Nachtragskredite: Ob das, wie von Riquet Heller reklamiert wurde, nicht erlaubt ist? Der Stadtrat hat die Gunst der Stunde und die positive Finanzentwicklung genutzt, um Projekte um ein Jahr vorzuziehen. Vor allem Strassensanierungen konnten vorgezogen werden. Es sind folglich vorweggenommene Ausgabenpositionen und in den meisten Fällen keine Geschäfte, wie der Titel Nachtragskredite verleiten könnte, die nachträglich teurer geworden sind. Es sind Geschäfte, die ohnehin in diesem oder im nächsten Jahr gemacht werden müssten.

Dann zum Vorwurf der Budgetabweichungen, schlechte stadträtliche Planung: Wie Sie selber im Bericht nachlesen können, in sieben von neun funktionalen Bereichen kann man von Punktlandungen sprechen. Soziale Sicherheit – erheblich weniger Ausgaben – und Steuern – erheblich mehr Einnahmen – haben übers Ziel geschossen. Beide Bereiche sind, wie wir wissen, äusserst schwierig zu planen und dann noch in früheren Budgetierungen für eine Art Prognose und erst noch äusserst vorteilhafte Entwicklung festzustellen. Was will man mehr? Umgekehrt könnte ich den Vorwurf stehen lassen, wenn wir zu optimistisch budgetiert hätten und in ein Defizit geraten wären.

Investitionsrechnungen sind immer ein Thema und sind schwierig zu sagen. Im konkreten Fall sind es Projekte, die weniger teuer waren. Es sind Projekte, die wegen Corona gar nicht gemacht werden konnten. Ich denke da an das Ausbaggern des Weiwers. Die Investitionsrechnung ist ohnehin auf mehrere Jahre ausgerichtet, und wenn man da nur ein Jahr nimmt, ist das schwierig umzusetzen und auch in Zahlen umzusetzen.

Landkreditkonto: Da werden wir warten, bis der neue Stadtpräsident da ist, dann werden wir dem Parlament und natürlich der Bevölkerung einen Vorschlag machen. Es gilt, Land entweder ins Finanz- und Verwaltungsvermögen zurückzubringen oder Land zu verkaufen. Der Stadtrat wird sich mit diesem Thema auseinandersetzen.

Personaletat: Hier wurde gesagt, damit soll man sehr vorsichtig umgehen. Wir sind sehr vorsichtig, aber es gibt neue Aufgaben, die von der Verwaltung erledigt werden müssen, da braucht es zum Teil neue Stellen. Ich denke da an die Mieterschlichtung. Auch bei der Feuerwehr muss unbedingt der Kommandant von allgemeinen Aufgaben entlastet werden.

Energiewende: Das Energiegesetz kommt jetzt ins Parlament, da können wir allenfalls neue Anforderungen machen. Aber für eine Stadt allein den ganzen Klimawandel herzustellen, ist nicht zu realisieren. Da müssen Kanton, Bund und sogar Europa mitwirken, sonst sind wir auf verlorenem Posten.

Präsident Peter Künzi, FDP/XMV: Da Eintreten obligatorisch ist, kommen wir gleich zur materiellen Beratung. Bitte nehmen Sie dazu den Jahresbericht und die Jahresrechnung 2021 zur Hand. Wir werden zuerst den Bericht beraten und direkt danach über den Jahresbericht 2021 abstimmen, bevor wir zur Jahresrechnung kommen. Wir beraten den Bericht ressortweise.

Bericht und Vorwort

Ressort Präsidium; Stadtpräsident Dominik Diezi

Ressort Finanzen; Stadtpräsident Dominik Diezi

Riquet Heller, FDP/XMV: Arbon hat den Gemeindedualismus immer noch nicht überwunden. Nach wie vor sind wir schulisch dreigeteilt. Unsere politische Gemeinde umfasst drei Primarschulgemeinden plus noch als weitere Komplikation eine Oberstufengemeinde, Sekundarschulgemeinde genannt. Es ist darum wichtig, wie in den einzelnen Quartieren – es sind Quartiere von Arbon – die Steuerverhältnisse sind. Ich stelle fest, bezüglich Einwohnerschaft wird das durchaus noch nachvollzogen. Sie sehen auf S. 51, dass Stachen und Frasnacht einwohnermäßig erfasst werden, aber nicht finanziell. Und dort ist doch der Hund begraben, dass unsere Vorortsgemeinden auf guten sozialen Verhältnissen beruhen, nämlich auf einer entsprechenden Steuerkraft. Und die hätte ich gern gesehen. Dass ich das nicht per Schulgemeinde erforschen muss, sondern dass ich auch auf der politischen Gemeinde sehen kann, wie in den einzelnen Quartieren, die nach wie vor ein politisches rechtliches Eigenleben führen, die finanziellen Verhältnisse sind. Und dann werden Sie vielleicht auch feststellen, dass die einzelnen Schulgemeinden mit tieferen und höheren Steuerfüssen gar nicht so wirtschaftlich sind, sondern dass eigentlich die Steuerfüsse in den verschiedenen Gemeinden der Steuerkraft nicht entsprechen und Sie demzufolge entsprechende politische Konsequenzen ziehen möchten.

Stadtrat Luzi Schmid, Die Mitte: Wir können natürlich die Schulgemeinden anfragen bezüglich dieser Steuerzahlen. Aber die sind ja auch offiziell bei der Gemeindeversammlung und werden auch in der Zeitung ausgeschrieben. Diese Zahlen sollten eigentlich bekannt sein. Was du mit der Wirtschaftlichkeit und einem Zusammenschluss meinst, kann ich nicht nachvollziehen. Wir haben das Thema ja hier im Parlament diskutiert, dass wir mindestens einem Zusammenschluss aller Primarschulgemeinden fordern würden, aber die Reaktionen sind auch klar, ein Zusammenschluss wird sehr wahrscheinlich nicht möglich sein oder schwierig. Aber die Zahlen sollten bekannt sein, jetzt kann ich sie nicht nachtragen.

Ressort Bau/Umwelt; Stadtrat Didi Feuerle

Lukas Auer, SP/Grüne: Wir hatten hier schon verschiedene Vorstösse zur Arbeitsvergabe (S. 32). Ich erspare Ihnen jetzt das Ganze (ISAB-Vergabe, schwarze Liste des Kantons usw.). Ich hätte eine Bitte an den zuständigen Stadtrat betreffend Transparenz der Vergabe. Arbeitsvergaben ab CHF 10'000 werden in Zukunft in sechs verschiedenen Branchen aufgelistet: Bauhauptgewerbe, Kanalunterhalt, Strassenbau, Gewerbe allgemein, Reinigung und Sonstiges. Es hat schon Platz auf dieser Seite, habe ich gesehen, das wäre sehr gut.

Stadtrat Dieter Feuerle, Grüne: Wir schauen uns diesen Vorschlag an, dann werden Sie es im nächsten Jahresbericht sehen.

Daniel Bachofen, SP/Grüne: Ich habe einige Fragen zum Thema Umwelt- und Energiepolitik. Zur Vereinfachung stelle ich alle zusammen, dann kann man sie auch zusammen beantworten.

Luzi Schmid hat vorhin erwähnt, dass wir als Stadt Arbon die Umwelt nicht allein retten können. Da bin ich natürlich voll einverstanden. Ich wäre aber schon froh, wenn wir in Arbon unseren Beitrag leisten würden. Die Stadt publizierte nun erfreulicherweise zum zweiten Mal den CO2-Ausstoss der Verwaltung, und leider zeichnet sich hier kein wirklicher Abwärtstrend ab. Es ist klar, Einflüsse wie Heiztage oder ein starker Schneefall beeinflussen den CO2-Ausstoss und

eine Zeitreihe über drei Jahre lässt keine fundierten Schlüsse zu. Trotzdem erlaube ich mir die folgenden Fragen:

1. Hat die Stadt einen konkreten Plan zur Dekarbonisierung der Verwaltung? Falls ja, welche Ziele haben wir uns da gesetzt?
2. Wer ist in der Verantwortung bei der Dekarbonisierung der Gebäude? Ist das Ressort FSL oder das Ressort Bau und Umwelt zuständig? Auch hier, wenn es einen konkreten Fahrplan gibt, würde ich gern etwas dazu wissen.

Dann ein zweites Thema. Ich möchte den Stadtrat bitten, eine Frage zum Strombezug zu beantworten. Im Bericht steht nämlich, Arbon bezieht nur Ökostrom. Auf Nachfrage der FGK wird klar, dass es sich hier aber nicht um das höchstwertige Produkt Öko Plus, sondern nur um das Standardprodukt handelt. Der Stadtrat hat in der Antwort zur FGK-Frage geschrieben, er möchte darauf verzichten, das ökologisch höchstwertige Produkt zu beziehen und dafür selber PV-Anlagen bauen. Ich finde dies sehr positiv, würde aber gern wissen, wie konkret die Projekte sind. Wie viel Potenzial haben wir in der Stadt und welche Anlagen sind konkret geplant? Wie viel Leistung möchte die Stadt in den nächsten zwei Jahren realisieren? Auch hier, da es sich um Liegenschaften der Stadt handelt, würde mich interessieren, ob die Verantwortung wiederum bei Bau und Umwelt oder beim FSL liegt.

Stadtrat Dieter Feuerle, Grüne: Zu den gestellten Fragen kann ich gesamthaft Folgendes sagen. Das Thema wird im Juli, also bereits nächsten Monat angegangen. Als erstes wird der Bereich Umwelt/Energie, welcher im Bereich Bau und Umwelt angesiedelt ist, die vorhandene, aber schon etwas ältere Studie zum Photovoltaikpotenzial bei den öffentlichen Gebäuden aktualisieren. Die Möglichkeiten werden anschliessend in der Abteilung Freizeit, Sport, Liegenschaften besprochen, ein genauer Investitions- und Umsetzungsplan mit den Verantwortlichkeiten erstellt und anschliessend vom Stadtrat behandelt und genehmigt. Genaue Angaben zum PV-Potenzial und zur CO2-Reduktion sowie zur Umsetzung werden im Verlauf dieses Jahres möglich sein. Wir haben das auf der Agenda.

Ressort Freizeit/Sport/Liegenschaften, Stadtrat Jörg Zimmermann

Felix Heller, SP/Grüne: Ich werde hier keine Fragen stellen, sondern den Stadtrat zum Handeln ermutigen. Unser Seeufer ist unser grösstes touristisches Kapital. Die Zahlen unseres Campingplatzes sind hoch erfreulich. Ganz offensichtlich ist das touristische Potenzial beim Campingplatz aber noch bei Weitem nicht ausgeschöpft, davon zeugen die 3160 Absagen, die ausgesprochen werden mussten, da der Platz bereits ausgebucht war. Für mich ist deshalb klar, wir sollten eine Vergrösserung unseres Campingplatzes ins Auge fassen. Auch klar ist, dafür soll nicht die Strandbadliegewiese geopfert werden, die ebenfalls sehr beliebt und gut ausgelastet ist, sondern eine neue Fläche dazugewonnen werden. In der Fraktion diskutierten wir beispielsweise, die zusätzlichen Plätze hinter den Gleisen auf der Wiese neben dem Parkplatz zu schaffen. Im Wissen, dass diese Wiese leider nicht der Stadt gehört. Dies ist auch lediglich eine unausgereifte Idee. Ich ermuntere den Stadtrat hier, konkrete Pläne ins Auge zu fassen, wie der Campingplatz vergrössert werden könnte. Meiner Meinung nach müsste hier möglichst bald eine Studie in Auftrag gegeben werden, die Varianten und deren Umsetzbarkeit prüft, damit wir möglichst schon nächstes Jahr keine oder zumindest weniger Absagen aussprechen müssen.

Stadtrat Jörg Zimmermann, XMV: Vielen Dank an Felix Heller für dieses Votum. Ich bin sogar sehr dankbar, weil ich selber sehe, dass das Potenzial nicht ausgeschöpft wird. Ich finde es sehr schade, dass wir über 3000 Absagen tätigen mussten und ich bin bereits mit meiner Abteilung daran, dass wir versuchen, eine Möglichkeit für eine eventuelle Erweiterung nicht auf der Strandbadwiese zu machen. Ihr werdet bei der Budgetierung feststellen, dass wir dort die Erweiterung bereits einbeziehen. Mich würde es natürlich freuen, wenn wir damit eine Aufwertung des Campingplatzes Arbon erreichen.

Ressort Einwohner/Sicherheit; Stadtrat Luzi Schmid

Cornelia Wetzel Togni, SP/Grüne: Michael Hohermuth antwortet zu Fragen der FGK wie folgt:
Für ein Jobcoaching im Sinn der Motion für Jugendliche und junge Erwachsene ausserhalb der Sozialhilfe wurden 2021 keine Anmeldungen eingereicht. Woran liegt es, dass es zu keinen Anmeldungen kam? Wurden die Jugendlichen und jungen Erwachsenen bzw. deren Eltern über das Angebot genügend informiert? Und wie?

Stadtrat Michael Hohermuth, FDP: Darüber, woran es liegt, können wir zum aktuellen Zeitpunkt leider nur spekulieren. Wie in der Motion mehrfach angedeutet, haben wir keinen Zugriff auf personenbezogene Daten oder gar auf eine Datenbank, die es uns erlauben würde, überhaupt das Volumen dieser Personen zu erfassen. Das heisst, es gibt weder eine direkte Anlaufstelle noch ein Verzeichnis noch sonst etwas. Wir tappen da wirklich im Dunkeln, wie viele Personen überhaupt von diesem Angebot profitieren könnten. Was ich aber klar festhalten kann, wo möglich wird dieses Angebot immer beworben. Sei dies am Forum für Kinder- und Jugendarbeit, wo sämtliche Schulleiter oder Schulsozialarbeiter zugange sind, dort wird es immer wieder erwähnt und thematisiert. Zusätzlich ist es bei der Perspektive Thurgau im Thema der Jugendberatung platziert und auch beim RAV haben wir das Angebot platziert und können jederzeit darauf reagieren. Aus den vorgenannten Gründen kann ich keine abschliessende Meinung bilden, ob wir ausreichend informieren, weil wir wirklich nicht wissen, wo die Personen genau sind. Was ich aber definitiv festhalten kann ist, da wo die Personen das erste Mal aufschlagen müssten, genau an diesen Orten ist das Angebot auch platziert. Wenn Sie weitere Ideen hätten, kommen Sie gern auf mich zu. Im Moment können wir das Angebot nicht weiter platzieren.

Daniel Bachofen, SP/Grüne: Wie Sie sehen, die Fraktion SP/Grüne ist entgegen der Meinung von Riquet Heller sehr an der Rechnung interessiert und meldet sich mit Fragen. Die Stadt betont immer wieder, dass mit der E-Partizipationsplattform ein erfolgreiches Instrument zum Einbezug der Bürger etabliert wurde. Ursprünglich wurde diese Plattform ja für den Einbezug der Jugendlichen geplant. Ich habe deshalb die Frage: Wurde dieses Ziel ebenfalls erfolgreich erreicht, dass die Jugendlichen über die Plattform teilnehmen? Und falls nicht, welche Alternativen bietet die Stadt an?

Stadtrat Michael Hohermuth, FDP: Um die Frage zu beantworten, muss ich ganz kurz etwas ausholen, da deine Aussage entweder nicht ganz korrekt ist oder es noch ein Missverständnis in unserer Kommunikation gibt. Die E-Partizipationsplattform ist bereits im Legislaturplan des Stadtrats enthalten. Erst nachgelagert wurde im Rahmen des Aktionsplans von UNICEF dieser Punkt noch zusätzlich aufgegriffen mit dem Vermerk, dass es für Jugendliche doch sehr wichtig ist, dass sie sich auch online einbringen können. Und genau aus diesem Grund kommunizieren wir nicht nur für Jugendliche, sondern immer generationenübergreifend über die aktuellen Tätigkeiten dieser Plattform.

Nun zu deiner Frage: Stand heute können wir festhalten, dass diese E-Plattform sehr rege genutzt wird. Wir können auch festhalten, dass sich viele Jugendliche über diese Plattform eingebracht haben, was natürlich sehr erfreulich ist. Deshalb würde ich deine Frage mit Ja beantworten. Aber ich möchte auch klar festhalten, dass eigentlich diese Plattform die Alternative für Jugendarbeit ist und nicht auf die andere Seite. Für uns bedeutet Jugendarbeit draussen, da wo die Jugendlichen auch sind. Und die Plattform ist nur eine Ergänzung oder eine sinnvolle Erweiterung im ganzen Prozess. Es gibt ein sehr gutes Beispiel, nämlich das neue Projekt Junges Arbon, aber dazu komme ich am Ende der Sitzung noch zurück mit einigen spannenden Fakten, wo du dann auch siehst, wie wichtig die Plattform in Bezug auf die Jugendlichen ist.

Ressort Einwohner/Sicherheit; Stadtrat Luzi Schmid

Lukas Auer, SP/Grüne: Ich habe den FGK-Bericht S. 14 bei der Frage "Welche Massnahmen wurden gegen Autoposer ergriffen?". studiert. Diese Beantwortung ist nicht zufriedenstellend. Wer kennt das nicht: Es scheint die Sonne und die Abendstimmung ladet zum gemütlichen Grillen oder einer Flasche Wein ein. Man kann den stressigen Arbeitstag oder eine stressige Woche ausklingen lassen, man kann sagen, mit den Gedanken ist man Bella Vista in der Toskana. Wunderschön. Und dann auf einmal macht es Tätsch, Bumm, Klöpf im Viertelstundentakt. Dann haben die Autoposer ihre Zeit, natürlich auch während des Tages. Die Auto- aber auch Töfffahrer, man muss das schon immer beides zusammennehmen, fangen an, in Arbon eine Lärmbelästigung im Viertelstundentakt durchzuführen. Ich wohne an der Berglistrasse 46, 20 Meter vom Kreisel entfernt, und da geht es ab. Da wird beschleunigt, hochtourig gefahren im 1. Gang, 5000 Umdrehungen usw. Man hat noch einen kleinen Kreisel, ein kleines Hindernis, da kann man Vollgas hinfahren, bremsen, Vollgas weiterfahren. Jetzt mit der Baustelle ist es noch attraktiver. Und man unternimmt nichts. Man kann jetzt sagen, das ist die Aufgabe der Polizei. Dieser Meinung bin ich nicht ganz. Man kann sagen, man kann verschiedene Hindernisse machen, man kann eine 20er-Zone oder eine 30er-Zone machen und das ist in meinen Augen auch nicht ganz korrekt. Da haben diese Leute Freude. Ich habe mich am Wochenende in so ein Poserauto gesetzt. Ich bin nicht selber gefahren, meine Kollegen fahren solche Fahrzeuge. Dann habe ich sie gefragt, was denn der Reiz an so einer Lärmbelästigung ist. Da kamen natürlich die gleichen Argumente, wie ich Freude habe an einem Fussballmatch. Leider schrecken jetzt die hohen Benzinpreise diese Leute nicht ab. Und man muss auch noch sagen, das sind nicht diese Leute, die eine Ausfahrt machen, das sind Leute, die im Viertelstundentakt durch Arbon fahren und zeigen, was für ein schönes Auto sie haben oder wie laut man es zum Beispiel beim NLK-Tunnel ertönen lassen kann. Ich bitte hier endlich um ein Handeln. Ich bitte nicht um ein Verschieben des Problems, wie es die Stadt Romanshorn macht, die machen es einfach, die sperren und strafen alle Autofahrer. Das ist nicht das Ziel. Ich verlange, dass die Stadt handelt und mit einem Lärmmradar abklärt. Irgendwo in der Innerschweiz hat man kürzlich eine Motion angenommen, wo genau so ein Lärmmradar angeschafft wurde. Ich erwarte hier mehr Präsenz mit so einem Lärmmradar. Man kann endlich mal wirklich mit den Nachbargemeinden am See zusammenarbeiten. Rorschach hat es übrigens in den Griff bekommen. Und das ist nicht einfach so passiert, man hat wirklich aktiv Prävention gemacht. Ob so ein Lärmmradar in Rorschach genutzt wurde, konnte mir heute von der Gemeinde Rorschach niemand sagen. Darum erwarte ich hier nicht einfach eine Verengung oder man hofft auf Schlechtwetter, denn es geht wirklich darum, diese Leute fahren im Viertelstundentakt herum. Wer mir das jetzt nicht glaubt, den lade ich gern zu mir nach Hause ein. Ich wohne wie gesagt an der Berglistrasse, ich habe einmal Koch gelernt, ich mache einen schönen Apéro, habe eine gute Flasche Wein. Dann können wir einmal zuhören, was da abgeht. Und einfach jetzt nichts machen oder einfach so eine Beantwortung, das ist in meinen Augen überhaupt nicht zielführend. Es ist auch nicht zielführend zu sagen, es sind nur zwei, drei Sommermonate. Ich erwarte hier wirklich ein Handeln und ein klares Geständnis, wir haben so ein Problem, wir müssen das regeln.

Präsident Peter Künzi, FDP/XMV: Besten Dank für dein Votum. Wir waren zwar eigentlich noch beim Ressort Soziales und Gesellschaft, ich gehe davon aus, dass dein Votum in das Ressort Einwohner und Sicherheit fällt.

Stadtrat Luzi Schmid, Die Mitte: Ob wir das Problem heute Abend lösen, weiss ich nicht. Du hast schon recht, die Antwort kann ja nicht befriedigend sein, weil die Mittel, die uns in der Stadt zur Verfügung stehen, einfach zu knapp sind. Diesen Lärmmradar, das ist ganz klar, wird die Stadt nicht selber aufstellen können, das geht über die Kantonspolizei. Strassensperren hast du auch gesagt, ist kein Mittel. Das haben wir bei der Beantwortung deines Vorstosses auch schon ins Auge gefasst. Aber ich hoffe schon, dass du deine Kollegen, die du ganz genau kennst und die diesen Lärm verursachen, auch anzeigen. Das erwarte ich von dir. Denn das ist genau das Problem. Wenn die Gesellschaft nicht klarkommt mit einem Problem, dann soll der Stadtrat helfen. Wir sind bei diesem Problem, muss ich zugeben, echt überfordert, die richtige Lösung zu

finden und das Problem zu lösen. Wir sind aber mit der Kantonspolizei in Zusammenarbeit, ebenfalls mit der Securitas und anderen Sicherheitskräften. Aber ich kann nicht versprechen, dass wir in nächster Zeit das Problem endgültig definitiv lösen. Aber es ist uns bekannt und ich bitte alle, auch das Gesellschaftliche, der Stadtrat kann das Problem nicht allein lösen, da sind wir alle, die ganze Gesellschaft ist da gefordert. Und wenn es so weit ist und Sie jemanden kennen, ihn anzeigen. Das ist das einzige Mittel, das wirkt.

Daniel Bachofen, SP/Grüne: Ich habe eine Frage zu Securitas und Littering auf S. 56. Das Controlling der Securitas scheint mir nicht sehr stringent zu verlaufen. Vor dem Hintergrund, dass der Stadtrat jährlich mehr Budget für die Securitas beantragt, erstaunt es mich, dass hier nicht genau hingeschaut wird. 2019, als die Statistik ebenfalls relativ tief war, also zum Beispiel wenig Massnahmen zu Littering ergriffen wurden, schrieb der Stadtrat in seiner Antwort auf die FGK: "Die Securitas hat in ihrem Jahresbericht selbst erkannt, dass dieser Bereich im Jahr 2020 verbessert werden muss". Damals hat die Securitas also selber gemerkt, dass es Handlungsbedarf gibt. 2020, im darauffolgenden Jahr, war es dann ein bisschen besser, im letzten Jahr hingegen scheint die Securitas aber noch weniger Konkretes erreicht zu haben. Wenn die Stadt die Statistik schon unter dem Jahr zur Verfügung hat, wieso interveniert man da nicht früher? Und welche Massnahmen sieht der Stadtrat vor, um diese Situation besser in den Griff zu bekommen?

Stadtrat Luzi Schmid, Die Mitte: Wir bleiben beim Thema Sicherheit. Ein weiteres Thema, das nicht so einfach zu lösen und ärgerlich ist. Aber was ich jetzt nicht nachvollziehen kann, dass man anhand von Bussen entscheiden kann, ob es besser oder schlechter geworden ist. Das ist ein falscher Weg. Weniger Bussen kann ja auch heißen, dass mehr Präsenz da ist, mehr Kontrolle gemacht wird, also weniger gebüsst werden muss. Und das ist genau im letzten Jahr eben passiert. Wir haben die Präsenz verstärkt. Wir sind auch ganz klar mit der Securitas immer wieder in Kontakt, dass dieses Problem Littering angegangen wird. Das ist nicht das einzige, wir haben auch noch Vandalismus, Wandverschmierereien, Autolärm etc. Und um das vorwegzunehmen, wir werden beim Budget das Thema Securitas-Einsatz diskutieren müssen. Es gibt noch einen kleinen Einwand. Die Arbeit der Securitas mit Bussenberechtigung ist nur von April bis Oktober. Es ist schon lange mein Wunsch und mein Antrag, dass wir während des ganzen Jahres, während 12 Monaten und an 365 Tagen Einsatzmöglichkeiten haben, aber das kostet dann eben mehr. Und ganz gezielt an den Orten wie den Quaianlagen natürlich. Ich kann auch das Beispiel der Hundeleinenpflicht vorbringen, auch da müssen wir mehr kontrollieren. Aber ob das dann mehr Bussen gibt, ist nicht gesagt. Sondern mir ist recht, wenn wir weniger Probleme haben. Ob das mehr Bussen gibt oder weniger, ist für mich nicht das Problem, sondern dass wir weniger Littering haben und mehr Hundehalter, die sich an die Leinenpflicht halten, mehr Autofahrer, die vernünftig fahren.

Felix Heller, SP/Grüne: Meine Fragen betreffend die Tabelle zur Bewirtschaftung und der Überwachung des ruhenden Verkehrs, genauer gesagt die Einnahmen fürs Nachtparkieren. Gemäss Tabelle sind die Einnahmen dafür seit 2019 rückläufig. Gemäss Art. 23 unseres städtischen Parkierreglements, das 2019 in Kraft getreten ist, ist das regelmässige Parkieren nachts gebührenpflichtig. Gemäss Art. 25 Abs. 2 fällt für jene, die sich nicht proaktiv melden, sondern mehrmals bei Kontrollen erfasst werden, eine einmalige Gebühr von CHF 100 an, zusätzlich zu den Kosten für den Laternenparkplatz. Diese Gebühr haben wir im Parlament 2018 eingeführt. Folgende Fragen dazu:

1. Wie viele Personen melden sich proaktiv bei der Stadt und holen eine Bewilligung ein?
2. Wie viele Personen machen dies nicht und zahlen erst nach mehrmaliger Erfassung?
3. Wurde die Gebühr von CHF 100 in diesen Fällen tatsächlich konsequent erhoben?
4. Weist die Stadt abgesehen vom Reglement sonst noch irgendwo darauf hin, dass es für Nachtparkiererinnen und Nachtparkierer besser ist, sich proaktiv bei der Stadt zu melden?

Stadtrat Luzi Schmid, Die Mitte: Ja, es ist richtig, wer auf öffentlichem Grund nachts parkiert, muss eine Gebühr bezahlen. Es wird kontrolliert. Das macht die Securitas. Wer dreimal auf öffentlichem Grund gefunden wird, wird bei der Stadtverwaltung gemeldet.

Zuerst noch das Problem mit der Verschiebung von Nachtgebühreneinnahmen, dass das weniger geworden ist. Das hat sich verschoben zu Dauerkarten. Anwohner, die eine Dauerparkierkarte haben, brauchen keine Nachtgebühr zu bezahlen. Das hat sich innerhalb dieser beiden Konten verschoben.

Zur Frage 1, wie viele Personen sich bei der Stadt proaktiv melden: Ich kann vorwegsagen, dazu wird leider keine Statistik geführt, aber erfahrungsgemäss sind das 10-15 Personen, die sich selber melden und erkundigen, dann wird abgemacht, ob eine Gebühr fällig wird oder ob man allenfalls einen Privatparkplatz findet.

Zur Frage, wie viele Personen das nicht machen und erst nach mehrmaliger Erfassung bezahlen: Es wird wie gesagt durch die Securitas kontrolliert. Wenn man dreimal auf öffentlichem Grund die gleiche Autonummer fotografiert, wird das bei der Stadtverwaltung gemeldet. Die Stadtverwaltung schreibt dem Autofahrer einen Brief mit einem Fragebogen auf der Rückseite, ob er weiterhin auf öffentlichem Grund parkieren will oder allenfalls einen Privatparkplatz beziehen will. Wenn er ja sagt zum öffentlichen Grund, werden die CHF 100 nicht eingezogen, sondern nur die Gebühr vereinbart.

Zur Frage, ob die Gebühr in allen Fällen konsequent erhoben wird: Gemäss meinen Abklärungen bei der Verwaltung wird das konsequent gemacht.

Zur Frage, ob die Stadt abgesehen von diesem Reglement sonst noch irgendwo auf diesen Umstand hinweist: Das wäre eine wirklich grosse Übung, wenn wir das publik machen könnten. Erstens wird zugezogen, zweitens wer liest schon Nachtgebühren? Wichtig sind eben diese Kontrollen. Dreimal wird kontrolliert, dann wird angeschrieben, und wer sich dann immer noch nicht daranhält, muss die Busse bezahlen. Ich weiss nicht, ob man das jede Woche im Felix schreiben könnte: Nachtparkierer, bitte meldet euch. Ob wir da einen Gewinn machen würden, ist fraglich.

Rückkommen wird nicht gewünscht.

Abstimmung

Der Jahresbericht 2021 wird einstimmig genehmigt.

Jahresrechnung 2021

Präsident Peter Künzi, FDP/XMV: Zu diesem Traktandum begrüsse ich ganz herzlich Pascal Büchler von der Finanzverwaltung. Er wird den Herren Stadträten zur Seite stehen, wenn sie Fragen nicht aus dem Stehgreif beantworten können. Bei der laufenden Rechnung werde ich die funktionalen Hauptbereiche nennen. Es können Fragen und Anträge dazu gestellt werden. Bei Wortmeldungen bitte ich Sie, die Seitenzahl, die Kontogruppe und das Konto zu nennen.

*02 Allgemeine Dienste
0222 Bauverwaltung 3130.00 Dienstleistungen Dritter*

Cyrill Stadler, FDP/XMV: Ich nutze hier die Gelegenheit für eine Replik zu den Nachtragskrediten bei 0222 Bauverwaltung, Konto 3130.00 Dienstleistungen Dritter. Ich habe in der Zwischenzeit kurz die Liste der Nachtragskredite durchgerechnet. Diese vorgezogenen Projekte kann man sicher einbeziehen. Wenn man das so zusammenzählt, kommt man hier etwa auf eine Viertelmillion, die man diesen Bereich zuordnen könnte. Von der ganzen Million heisst das dann aber immer noch, dass 75 % oder rund CHF 750'000 nicht in diese Kategorie fallen. Der Nachtrag bezieht sich eben auf die Budgetierung. Wir als FGK haben uns darüber unterhalten und gesagt, es wäre schön, etwas genauer zu budgetieren. Vorgezogene Projekte,

weil es gut läuft, kann man diskutieren, aber solche Sachen wie externe Kosten bei der Bauverwaltung wären eigentlich budgetierbar. Hier hätten wir gern mehr Präzision.

Stadtpräsident a. i. Dieter Feuerle, Grüne: Ich schaue hier zu unserem Finanzchef. Ich meine, bei diesem Konto schlägt vor allem die externe Unterstützung im Bausekretariat zu Buche. Anfang des letzten Jahres hat sich unsere Bausekretärin beruflich verändert und wurde in einer anderen Gemeinde Chefin der Bauverwaltung. Wir haben nicht sofort Ersatz gefunden und mussten fast während des ganzen Jahres eine Nachfolge suchen. Wir waren dann wegen der Flut der Baugesuche gezwungen, einen Springer einzustellen, also einen Externen, der nicht bei den Besoldungen auftaucht. Wenn Sie weiter oben schauen bei den Besoldungen der Bauverwaltung hatten wir dort weniger Ausgaben. Darum taucht der Lohn für den Springer, der auch jetzt teilweise noch für die Stadt arbeitet, bei den externen Dienstleistungen Dritter auf.

*34 Freizeit und Sport
3415.4240.32 Gästegebühren*

Matthias Schawalder, SVP: Ich stelle fest, aufgrund einer konsequenten Gästebewirtschaftung wurden 20 % mehr Einnahmen generiert. Wie ist eine konsequente Gästebewirtschaftung zu verstehen und was wurde anders gemacht als im vorletzten Jahr?

Stadtrat Jörg Zimmermann, XMV: Es wurde vermehrt darauf geachtet, dass Plätze freigestellt werden und diese Liegeplätze dann an Gäste weitervermietet werden konnten. Konsequent umgesetzt wird auch, dass jeder Guest seine Übernachtung bezahlen muss – ohne Ausnahme.

3424.3130.81 Entschädigung für Campingwart

Matthias Schawalder, SVP: Hier wurden 60 % bzw. CHF 77'000 mehr ausgegeben aufgrund höherer Entschädigung aufgrund der Mehreinnahmen. Meine Frage ist: Wie viele Personen profitieren von diesen höheren Entschädigungen?

Stadtrat Jörg Zimmermann, XMV: Die Leitung des Campings Buchhorn hat die Stadt Arbon der KONPLANUM GmbH unter der Leitung von Reto Lütschg übertragen. Die KONPLANUM GmbH ist somit für die Organisation des Campingbetriebs verantwortlich. Für die Führung des Campingbetriebs erhält die KONPLANUM eine jährliche Basisvergütung von CHF 105'000. Der Mehrumsatz von über CHF 240'000 an Platzmieten ohne die Nebenkosten wird mit einer zusätzlichen Vergütung von 35 % aus den Nettoeinnahmen abgegolten. Also profitiert einerseits die Stadt Arbon, andererseits die Firma KONPLANUM. Das bedeutet, je mehr Umsatz er dort generiert, umso mehr hat er von den 35 % zusätzlich – und wir natürlich auch.

*73 Abfallwirtschaft
7301.4270.00 Bussen aus Littering*

Riquet Heller, FDP/XMV: Ich stelle fest, dass wir zum zweiten Mal in Folge der Stadt den Auftrag erteilt haben, sie solle CHF 10'000 Bussen wegen Littering eintreiben. Gemäss Rechnung wurde hier ein Erfolgskoeffizient von 20 % erreicht, 80 % wurden als Budgetabweichung ausgegeben. Gemäss meiner Einschätzung wäre es ein Leichtes, deutlich mehr als die CHF 1'800 Bussen für Littering in Arbon zu kassieren. Ich mache Sie nochmals auf den Bussenkatalog gemäss dem kantonalen Abfallgesetz, das seit Jahren besteht, aufmerksam, und die dazugehörige prozessuale Regelung, nämlich dass direkt eine Standardbussenverfügung samt Einzahlungsschein, analog zum Parkierwesen im Strassenverkehr ausgestellt werden kann, ohne dass persönliche Abklärungen gemacht werden müssen. Zudem hat sich die Stadt analog zum Parkierwesen im Strassenverkehr die Kompetenz zur Bussenausstellung im Litteringwesen vom Kanton, der sonst die strafrechtliche Durchsetzung von Gesetzen übernimmt, abtreten lassen. Rechtlich wäre darum das Geschütz feuerbereit und der Stadtrat hätte schießen können, wenn er dies wollte und dies aktiv anstreben würde. Mehr kann die Legislative, das Parlament nicht machen, als alle gesetzlichen

Grundlagen zur Verfügung zu stellen für ein einfaches prozessuales Verfahren, nämlich, dass man ein Ticketsystem hat, wo man direkt eine Busse bekommt, unabhängig von den sozialen Gegebenheiten usw. und der Bussenbetrag ebenfalls im Gesetz normiert ist. Sie kennen das aus dem Strassenverkehr.

Als Parlamentarier werde ich von Wahlberechtigten und Stimmberrechtigten etwa monatlich mit dem Wunsch angegangen, es solle mehr für die Sauberkeit in Arbon getan werden. Ganz unverständlich ist mir dieser Wunsch nicht. Werden Sie ebenfalls oft in diesem Sinn angesprochen? Wenn ja, dann müssen wir als Volksvertreterinnen und -vertreter diesem Wunsch eben nachgeben, unter anderem mit einem Bestehen darauf, dass die Budgetposition von den läppischen CHF 10'000 vom Stadtrat durchgesetzt wird. Ich stelle fest, dass der Chef Sicherheitsabteilung Arbon, nämlich Harry Schlutt, keinerlei Anweisung vom Stadtrat erhalten hat, wie und ob er mit seinen Aussendienstmitarbeitern gegen Littering vorgehen soll. Das ist einerseits die Securitas, andererseits seine Verkehrsaussendienstmitarbeiter. Die treiben zwar effizient CHF 350'000 jährlich ein. Beobachten sie aber während ihren stundenlangen Gängen durch die Stadt irgendetwas in Sachen Littering, so stehen sie gemäss den Aussagen von Harry Schlutt: Gewehr bei Fuss. Diesbezüglich haben die Verkehrsüberwacher keinerlei Funktion. Es liegt alles bei der Securitas und auch die bringen offensichtlich, obwohl sie Profis sind und in militärischer Uniform herummarschieren, ganze CHF 1'800 Litteringbussen zusammen. Sie sehen, dass wir offensichtlich diesbezüglich einen exekutiven Mangel haben. Es besteht keinerlei Routine, keinerlei Instruktion, wie vorgegangen werden muss gegen renitente Personen. Es werden keine Fotos gemacht. Wir würden allenfalls unsere Pappenheimer in der Verwaltung wiedererkennen. Ganz anders verläuft es im Parkwesen. Bringen Sie irgendeine Ausrede, dann lächelt Sie der Parkwächter oder die Parkwächterin an und sagt: "Alles schon durchexerziert". Versuchen Sie es. Ich gebe Ihnen geringe Chancen. Die Busse bleibt bestehen. Nicht so im Litteringwesen, da herrscht keine Praxis. Wir haben keine Masse. Wir haben keine Fälle. Es wird einfach nichts getan, man kapituliert.

Und noch etwas: Bussen müssen nach meinem Dafürhalten kein Geschäft sein. Wenn Sie sagen, der Aufwand ist sehr hoch, der Verkehr, der rentiert so sehr, dann bin ich eher beschämt. Denn das Strafrecht ist keine Unterabteilung der Steuerverwaltung. Steuern nehmen wir über die Finanzverwaltung ein. Hingegen die Bussen sind eine Erziehungsmassnahme und die müssen nicht rentieren. Demzufolge Auftrag an den Stadtrat, diesbezüglich halt den unangenehmen Aufwand zu betreiben und dem Bürgerauftrag nachzukommen. Ich glaube, CHF 10'000 sind auch nicht übertrieben.

Und damit wir zu einer Praxis kommen und die Übung, die bekanntlich den Meister macht, bitte ich den Stadtrat vorzugehen. Darf ich den Stadtrat bitte um die entsprechende Bussenverfügung bitten?

Präsident Peter Künzi, FDP/XMV: Riquet Heller, das war ein Beispiel zu viel, das du nicht hättest tun dürfen. Ich bitte dich, nimm die Büchse zusammen und beende dein Votum in Ehren. Besten Dank für dein Verständnis

Riquet Heller, FDP/XMV: In Ehren bitte ich den Stadtrat, die Anzahl der Bussenverfügungen zu erhöhen und zu einer Praxis zu kommen, wie wir dies im Parlament offensichtlich wollen. Er weigert sich – auch über den Präsidenten – heute ein Beispiel eine Bussenverfügung auszufertigen, obwohl der Sachverhalt klar wäre. In diesem Sinn bitte ich Sie, zur Kenntnis zu nehmen, dass ich meine, die Abweichung von 81 % in dieser Position sei unhaltbar.

Stadtrat Luzi Schmid, Die Mitte: Riquet Heller, das mit dem Wegwerfen war jetzt gut. Da überlegen wir, ob wir eine Anzeige machen. Utopisches können wir nicht bestrafen. Was nicht fassbar ist, können wir nicht bestrafen. Und was sehr schlecht ist, dass du die Verwaltung jetzt gegen den Stadtrat ausspielst. Das geht gar nicht. Ich kann vorwegschicken, dass wir mit der Securitas in sehr guter Zusammenarbeit sind. Was ich auch nicht begreifen kann, wir haben das in diesem Parlament schon X Mal besprochen, die Parkwächter sind nicht da, um

Litteringbussen und andere Bussen zu verteilen, sie sind nur da, um den ruhenden Verkehr zu kontrollieren. Das geht nicht. Schon die Zeiten sind anders, der Aufgabenbereich ist anders. Dass du als ehemaliger Staatsanwalt jetzt noch meinst, CHF 10'000 Bussen seien realistisch, auch das haben wir da diskutiert und der Stadtrat hat ganz klar gesagt: utopisch. Frag die Kantonspolizei, frag die Securitas, CHF 10'000 Bussen aus Littering ist nicht machbar. Strafzettel verteilen ist gut, die Tat beweisen ist etwas ganz anderes. Wir müssen, wenn jemand Littering betreibt, auch beweisen können, dass er Littering begangen hat. Alles andere geht nicht. Dann ist die zweite Frage: Sollen wir Privatdetektive aufstreben? Nicht bezahlbar. Da müssten wir dann von einem Budgetposten von CHF 100'000 und mehr sprechen, der Erfolg, andere haben das schon gemacht, ist praktisch nicht zu realisieren, dass das Littering zurückgeht. Dass weiter genügend Behälter vorhanden sind, ist eine Frage der Bauverwaltung. Ich bin auch der Meinung, da könnte man etwas machen, dass wir grössere Behälter haben und vor allem auch solche haben, die den Abfall zusammenpressen. Da könnte man etwas machen. Aber Littering über Bussen zu bekämpfen, ist praktisch nicht möglich. Tut mir leid. Wir können beim Budget wieder darüber sprechen. Du kannst die CHF 10'000 wieder bringen. Wir tun sie ins Budget. Wir beauftragen die Securitas: "Macht mehr Kontrollen, Geldbussen". Der Erfolg ist auf einem kleinen Blatt Papier geschrieben. Tut mir leid.

85 Industrie, Gewerbe, Handel

8500.3000.00 Löhne, Tag- und Sitzungsgelder an Behörden und Kommissionen

Lukas Auer, SP/Grüne: Ich mag mich erinnern, dass einmal eine Wirtschaftskommission gegründet wurde aus Arbeitgebern und einem Arbeitnehmer. Da wollte ich einmal nachfragen: Wie ist das aktuell? Lebt diese Kommission, trifft sich diese Kommission, was beschliesst diese Kommission, was tut diese Kommission, warum haben sie keine Sitzung gemacht, ist kein Interesse vorhanden, braucht es diese Kommission? Vielleicht einfach zwei oder drei Sätze dazu.

Stadtrat Jörg Zimmermann, XMV: Aus Coronagründen wirst du feststellen, dass dafür keine Sitzungsgelder gesprochen wurden. Aber die Kommission lebt, sie ist aktiv. Wir haben uns vor ziemlich genau eineinhalb Wochen getroffen und wir werden noch dieses Jahr sogar ein Zeichen setzen, das nach aussen sichtbar sein wird.

Investitionsrechnung

Keine Wortmeldungen.

Rückkommen wird nicht gewünscht.

Abstimmung

Die Jahresrechnung 2021, bestehend aus Bilanz, Erfolgsrechnung und Investitionsrechnung wird mit 24 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung genehmigt.

Der Verwendung des Ertragsüberschusses von CHF 2'956'030.67 wird einstimmig zugestimmt.

Präsident Peter Künzi, FDP/XMV: Gemäss Art. 35 der Gemeindeordnung der Stadt Arbon unterstehen diese Beschlüsse dem fakultativen Referendum bzw. dem Behördenreferendum. 9 Mitglieder können das Behördenreferendum ergreifen. Die Referendumsfrist beträgt 30 Tage. Wird das Referendum nicht ergriffen, sind die Beschlüsse rechtsgültig. Möchte jemand das Behördenreferendum ergreifen? – Dies ist nicht der Fall, das Behördenreferendum wird nicht ergriffen. Das Geschäft untersteht damit dem fakultativen Referendum. Dieses beginnt voraussichtlich nächsten Donnerstag mit der Publikation. An dieser Stelle bedanke ich mich ganz besonders herzlich beim Präsidenten der FGK, Cyrill Stadler, FDP/XMV und allen Kommissionsmitgliedern für die wertvolle und vor allem intensive Arbeit.

3. Entschädigung Stadtpräsident ad interim ab 1. Juli 2022 Eintreten, Detailberatung, Beschlussfassung

Präsident Peter Künzi, FDP/XMV: Die Botschaft des Stadtrats haben Sie für die heutige Sitzung erhalten. Der Stadtrat stellt darin den folgenden Antrag: "Der Entschädigung des Stadtpräsidenten ad interim, des Vizestadtpresidenten ad interim sowie der Stadträte ab 1. Juni 2022 bis zur Einsetzung des neuen Stadtpräsidenten sei zuzustimmen".

Da für diese Botschaft keine Kommission eingesetzt wurde, gilt folgendes Vorgehen: Ich zitiere Art. 34 des Geschäftsreglements: "Zu Beginn jedes Geschäfts erteilt das Präsidium jenem Mitglied das Wort, das über die Beratung der Kommission referiert und ihre Anträge begründet. Wird ein Geschäft unmittelbar vom Stadtrat vorgebracht, spricht zuerst eines seiner Mitglieder. Anschliessend eröffnet das Präsidium die Diskussion".

Stadtrat Luzi Schmid, Die Mitte: Noch kurz eine Vorbemerkung: Wir hatten diesen Artikel so genau zitiert, weil wir uns nicht einig sind, ob es Sinn macht, wenn der Stadtrat etwas zu einer Botschaft, die Ihnen vorliegt, die Sie gelesen haben, die Sie in den Fraktionen diskutiert haben, noch ergänzen muss. Wichtiger ist, Ihre Anliegen zu kommentieren. Aber offenbar ist das so in der Geschäftsordnung des Parlaments. Ich mache noch einmal einen Rückblick.

Per Ende Mai ist Dominik Diezi als Stadtpräsident weggegangen und Regierungsrat geworden. Die Wahlen fanden statt, René Walther wurde gewählt und die Freigabe wurde vom Regierungsrat per 1. September bewilligt. Da haben wir eine Kadenzfrist vom 1. Juni bis Ende August, die wir im Stadtrat überbrücken müssen. Jetzt kommt der unangenehme Teil für mich, über den eigenen Lohn zu sprechen respektive eine Lohnerhöhung zu beantragen. Aber es ist so, dass Dieter Feuerle als interimistischer Stadtpräsident den gleichen Lohn bekommt wie Dominik Diezi. Ich rutsche nach ins Vizepräsidium mit den gleichen Bedingungen, wie Dieter Feuerle sie hat und die anderen beiden bekommen eine Zusatzentschädigung für Mehrarbeit. Ein Stadtratslohn bleibt offen, dieser muss nicht ausbezahlt werden. Wenn ich richtig orientiert bin, gewinnt die Stadt etwa CHF 13'000 bis CHF 15'000 für die offene Stelle. Zusätzlich, wenn ich richtig orientiert bin, weil Dieter Feuerle noch im Verwaltungsrat der Energie Arbon ist, werden da anteilmässig noch Entschädigungen in die Stadtkasse fliessen.

Es wurde gesagt, das Reglement mit der Grundbesoldung und Spesen sei nicht richtig, das müsse irgendwann angepasst werden. Dies wurde mir von den Fraktionen mitgeteilt. Es ist mehr ein Steuerproblem. Wir haben das System. Die Grundbesoldung geht vom zweiten Maximum des höchsten Stadtangestellten aus. Dann gibt es für Positionen Entschädigungen, Reiseentschädigung, Repräsentationspflichten. Da ist das Problem aufgetaucht, dass das Steueramt nicht alle diese Spesen als steuerabzugsfähig anschaut, deshalb hat man es aufgeteilt. Aber es bleibt im Endeffekt das Gleiche. Ob man da jetzt eine Änderung vornehmen will, es sind 115 % der zweiten maximalen Stadtangestelltenentschädigung plus CHF 16'000 Spesen oder Repräsentationsentschädigungen. Das Gleiche gilt dann für den Stadtrat. Ich bin jetzt gespannt, wie die Meinung im Parlament ist und nehme dann am Schluss noch einmal Stellung.

Cyrill Stadler, FDP/XMV: Wir danken im Namen der Fraktion FDP/XMV dem Stadtrat für die Ausarbeitung der Botschaft zu den Entschädigungen des Stadtpräsidenten ad Interim sowie der Stadträte für die Übergangsphase bis zum Amtsantritt des gewählten Stadtpräsidenten René Walther. Die Botschaft kommt aus unserer Sicht etwas spät in den Rat, zudem fehlt in der Botschaft die Herleitung, wie der Lohn des Stadtpräsidenten bisher festgesetzt wurde. Sowohl bei Martin Klöti wie auch bei Andreas Balg hat sich die Entschädigung jeweils am zweiten Maximum der 1. Lohnklasse der städtischen Angestellten bemessen. Hinzu kam eine Entschädigung für die Repräsentationsspesen und eine Fahrtenentschädigung. Der Prozentsatz der Grundentschädigung betrug am Schluss bei Martin Klöti 125 % des zweiten Maximums der 1. Lohnklasse, bei Andreas Balg starteten wir dann wieder bei 115 %. Bei Dominik Diezi hatte der Stadtrat eine Botschaft für einen Ansatz 120 % vorbereitet, welche aber dann wieder zurückgezogen wurde. Hinzu kam, dass während der Amtszeit von Dominik Diezi,

Luzi Schmid hat es erwähnt, der Kanton die Obergrenze für die Fahrtenentschädigung bei CHF 4'200 festgelegt hat. Die Differenz zu CHF 6'000, wie die Fahrtenentschädigung ursprünglich war, hat man der Grundentschädigung hinzugeschlagen. Das ursprüngliche Berechnungsmodell, darum fehlt es nun offensichtlich in der Botschaft mit dem Prozentsatz, stimmte nun natürlich um CHF 1'800 nicht mehr. Ganz offensichtlich kein hoher Betrag. Bei einem Monatslohn von CHF 17'000 machen diese CHF 150 nicht einen grossen Anteil aus.

Die Botschaft liegt nun vor, der Stadtpräsident ad interim hat seine Tätigkeit bereits aufgenommen, es lohnt sich also nicht, um diesen Betrag zu diskutieren. Auf drei Monate macht das nämlich genau CHF 450, und darum geht es uns eigentlich auch gar nicht wirklich. Es geht uns aber darum, dass wir bei dieser Botschaft zum neuen Lohn für den neuen Stadtpräsidenten dann wieder auf das alte Berechnungsmodell zurückkehren. Das mit diesem Plus noch diesem Teil und plus noch diesem Teil wird es nämlich in Zukunft recht kompliziert darzulegen. Es ist nämlich mit diesem zweiten Maximum der Lohnklasse relativ einfach, da kann man den Prozentsatz hinterlegen. Und wenn es beim Stadtpersonal eine allgemeine Lohnerhöhung gibt, dann wird auch dieses zweite Maximum mit nach oben geschoben, dann muss man das nicht für separate Bestandteile dann noch ausrechnen. Ja, wir hatten 2023 und 2027 eine Lohnerhöhung und diese CHF 1'800 muss man dann auch noch erhöhen. Das wird dann einfach unübersichtlich und komplex. Dass man dies bei einem laufenden Arbeitsverhältnis, wie das bei Dominik Diezi der Fall war, nicht anpasst und einfach oben draufsetzt, können wir annehmen. Für die Zukunft hätten wir gern wieder eine transparente und einfache Regelung.

Arturo Testa, Die Mitte/EVP: Die Fraktion Die Mitte/EVP hat das Traktandum beraten. Für den Mehraufwand, den Dieter Feuerle und die verbleibenden Stadträte in absehbarer Zeit leisten werden, sehen wir die Anpassung der Gehälter als gerechtfertigt und sind somit für Eintreten.

Daniel Bachofen, SP/Grüne: Zuerst mal besten Dank für die Botschaft an den Stadtrat, aber auch besten Dank an Dieter Feuerle für die Übernahme der Verantwortung und dass es mit der Führung unserer Stadt ohne Probleme weitergeht, aber auch allen anderen Stadträten für ihre Bereitschaft, über diese Periode noch mehr zu leisten. Die Botschaft ist bei uns in der Fraktion unbestritten. Die Interimsaufgabe bringt einerseits sicher zuerst viel mehr zu tun, aber auch viel Einarbeitung und Mehraufwand, der noch on top kommt. Eine Entlohnung in gleicher Höhe ist deshalb aus unserer Sicht mehr als angebracht. Die Berechnungsgrundlage, da sind wir uns auch mit dem Votum von Cyrill Stadler einig, sollte man möglichst einfach halten, das trägt dann sicher auch zur Transparenz bei. Ich bitte deshalb die Stadträte, dies in der nächsten Botschaft bei der Entschädigung von René Walther zu berücksichtigen. Die Fraktion SP/Grüne empfiehlt die Botschaft zur Annahme.

Matthias Schawalder, SVP: Die SVP-Fraktion stimmt für das Eintreten auf dieses Geschäft über die Entschädigung des Stadtpräsidenten ad interim, des Vizestadtpräsidenten ad interim sowie der Stadträte ab dem 1. Juni 2022 bis zur Einsetzung des neuen Stadtpräsidenten und bedankt sich für die Botschaft des Stadtrats. Ein Stadtpräsident soll für seine Verantwortung, seine Rechte und Pflichten sowie für seine Aufwände gebührlich entschädigt werden. Dies wurde vom Stadtparlament Arbon schliesslich auch gutgeheissen. Bei dieser Botschaft jedoch geht es nicht um die Besoldung eines gewählten Stadtpräsidenten, welcher mit einer über mehrere Jahre laufenden Strategie ein vom Wähler gutgeheissenes Ziel anstrebt, für welches er eventuell auch gewählt worden ist und er geradestehen muss. Hier geht es um die Überbrückung einer gewissen Zeit zwischen dem Abgang von Dominik Diezi und dem Antritt von René Walther. Ich will diese Aufgabe keinesfalls kleinreden, ich bin mir dieser Verantwortung bewusst. Trotzdem, so beurteilt dies die SVP-Fraktion, hätte man diese Tatsache in der Höhe der Besoldung berücksichtigen können oder sogar sollen. Nichtsdestotrotz wünschen wir Dieter Feuerle für diese Zeit und diese Aufgabe das notwendige Geschick und die dazugehörige Freude und sind davon überzeugt, dass er diese Aufgabe zu unserer vollen Zufriedenheit meistern wird.

Präsident Peter Künzi, FDP/XMV: Ich stelle fest, das Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Arturo Testa, Die Mitte/EVP: Durch den Abgang unseres Stadtpräsidenten entsteht eine Lücke, die die verbleibenden Stadträte nun für eine Übergangszeit schliessen müssen. Projekte und Aufgaben können und sollen nicht warten. Dies führt zu einem Mehraufwand für die Herren. Dies soll aus der Sicht der Fraktion Die Mitte/EVP durch die vorgeschlagenen temporären Saläranpassungen bis zum Antritt des neuen Stadtpräsidenten abgegolten werden. Aus unserer Fraktion gibt es hierzu keinerlei Einwände.

Bill Mistura, SVP: Wie beim Eintreten von meinem Parteikollegen bereits gesagt, ist die SVP auch einstimmig für die Botschaft. Gestatten Sie mir aber doch noch einen Hinweis für diese Übergangsregelung.

Leute, die aus der Privatwirtschaft kommen, müssen vielfach in Unternehmungen überbrücken. Dann ist eher Usus, dass man sagt, man kriegt den Lohn, den man hatte, in dem Fall die 40 %. Plus die 60 % wären dann 100 % Lohn in der bisherigen Funktion. Und wenn man das während der Übergangszeit von drei Monaten toll macht und entsprechend dem Anforderungsprofil, dann kann man ja gegebenenfalls noch einen Bonus oder eine Entschädigung geben. Luzi Schmid hat in seinem Votum gesagt, damit gewinnt die Stadt CHF 15'000. Ja gut, viel Kleines gibt dann auch vieles, oder einen grösseren Betrag, wenn man die CHF 25'000 nimmt, die schlussendlich bezahlt werden für die drei Monate plus die CHF 15'000 und davon einen Bonus von einem Viertel gibt, hätte man effektiv CHF 30'000 gespart und der Herr Stadtpräsident a. i. hätte über die drei Monate sogar noch CHF 10'000 Bonus bekommen für den speziellen Einsatz. Das eine Anregung für die Zukunft.

Abstimmung

Der Antrag des Stadtrats wird einstimmig angenommen.

4. Feuerwehr, Fahrzeug: Ersatzbeschaffung Rüstfahrzeug mit Heck-Kran

Präsident Peter Künzi, FDP/XMV: Die Botschaft des Stadtrats haben Sie für die heutige Sitzung erhalten. Der Stadtrat stellt darin folgenden Antrag: «Der Stadtrat beantragt Ihnen, den Betrag in Höhe von CHF 677'000 für die Ersatzbeschaffung eines Rüstfahrzeugs mit Heck-Kran freizugeben. Davon werden CHF 203'100 von der Gebäudeversicherung des Kantons Thurgau subventioniert. Wir kommen zum Eintreten. Da für diese Botschaft keine vorberatende Kommission eingesetzt worden ist, gilt folgendes Vorgehen: Art. 34 des Geschäftsreglements: "Zu Beginn jedes Geschäft erteilt das Präsidium jenem Mitglied das Wort, das über die Beratung der Kommission referiert und ihre Anträge begründet. Wird ein Geschäft unmittelbar vom Stadtrat vorgebracht, spricht zuerst eines seiner Mitglieder, anschliessend eröffnet das Präsidium die Diskussion".

Stadtrat Luzi Schmid, Die Mitte: Sie haben die Botschaft erhalten. Ich nehme an, Sie haben sie gelesen und in den Fraktionen diskutiert. Dass das ein wichtiges Geschäft ist, beweist schon allein, dass das Kommando, Felix Perrone und Manuel Britschgi, anwesend sind. Das bezeugt, dass es ein wichtiges Geschäft ist. Es geht um ein neues Fahrzeug mit Heck-Kran. Noch rasch zur Entstehungsgeschichte, warum dieses Geschäft überhaupt ins Parlament kommt. Das ist ein bisschen wunderlich und auch erklärungsbedürftig. Wir haben ja diese Anschaffung bereits budgetiert, aber dann ist uns in die Quere gekommen, dass der Kanton Thurgau ein neues Feuerschutzgesetz gemacht hat. Darin gibt es zwei Arten von Feuerwehr: Die Gemeindefeuerwehr, das sind die in den Gemeinden draussen, und dann gibt es die Stützpunktfeuerwehr, die bei grösseren Einsätzen die Gemeindefeuerwehren unterstützt. Was will ich damit sagen? Wenn Gemeindefeuerwehren Anschaffungen machen, war die Aufteilung früher 30/70 %. 70 % musste die Gemeinde selber bezahlen. Bei den Stützpunktfeuerwehren

bekamen wir 50 % für das Fahrzeug, der Rest wurde von der Gebäudeversicherung bezahlt. Mit diesem neuen Gesetz erfolgt jetzt eine Änderung. Stützpunktfeuerwehren bekommen die Fahrzeuge von der Gebäudeversicherung jetzt voll finanziert. Was nur Gemeindefeuerwehr ist, und diesen Teil gibt es bei der Feuerwehr Arbon auch, wird nur mit 30 % subventioniert. Und genau dieses Rüstfahrzeug fällt unter Gemeindefeuerwehr und wird nur noch mit 30 % subventioniert. Wir sind von 50 % ausgegangen.

Noch schnell zum Vorteil: Wir haben in jüngster Zeit Fahrzeuge angeschafft, die jetzt von der Gebäudeversicherung finanziell übernommen werden. Dafür bekommen wir einen Betrag zurückerstattet, sodass eigentlich dieser Mehrbetrag, den wir jetzt durch diese Korrektur respektive geringere Finanzierung bezahlen, ausgeglichen ist.

Wir brauchen dieses Rüstfahrzeug. Es wäre sehr schade, wenn wir einen Einsatz vermasseln würden, wenn es zu mehr Sachschaden oder sogar zu Toten käme, nur weil wir schlecht aufgestellt sind respektive mit alten Fahrzeugen vorgefahren. Das Gesetz ist so, wir können es nicht ändern. Wir waren im Stadtrat der Meinung, weil es jetzt über CHF 300'000 ist, braucht es einen Entscheid des Stadtparlaments. Ich hoffe, dass Sie dieses Rüstfahrzeug mit Heck-Kran freigeben.

Zur Anschaffung kann ich noch etwas sagen. Das Fahrzeug ist vorbestellt/reserviert und die Innenausrüstung wird sukzessive dazugekauft, und zwar von der Feuerwehr. Von Brändle geliefert. Vom Datum her wird es noch eine Weile dauern, bis es geliefert wird, dann können wir es auch der Öffentlichkeit vorstellen. Wenn noch Fragen zur Teuerungsreserve kommen, kann ich dazu dann noch Antwort geben. Besten Dank für eine klare Unterstützung für die Feuerwehr Arbon.

Lukas Auer, SP/Grüne: Es ist ein wichtiges Geschäft, Stadtrat Luzi Schmid hat es erwähnt. Unsere Fraktion hätte sich gewünscht, dass bei der Botschaft eine Grafik, ein Foto oder irgendetwas dabei gewesen wäre, damit wir uns das besser vorstellen können, was für ein Fahrzeug angeschafft werden soll. Ich bin nicht in der Feuerwehr und meine Fraktionskolleginnen und -kollegen ebenfalls nicht. Deshalb hätten wir uns eine Darstellung gewünscht – das vielleicht für die Zukunft –, denn so könnten wir es uns besser vorstellen. Unsere Fraktion ist für Eintreten auf das Geschäft und wir unterstützen einstimmig den Kauf des neuen Fahrzeugs. Aber wir sprechen nachher noch etwas dazu.

Reto Neuber, Die Mitte/EVP: Aus Sicht unserer Fraktion ist es äusserst wichtig, dass unsere Feuerwehr in einem guten Zustand ist. Dazu gehört auch eine gute Ausrüstung, um die Sicherheit der Feuerwehrleute wie auch die Einsatzfähigkeit zu gewährleisten. Von Zeit zu Zeit muss man alte Fahrzeuge ersetzen, um auch hier wiederum eine Effizienzsteigerung zu erreichen. Die umfassende Beurteilung der vier Anbieter erscheint uns als sehr gut und wir stimmen den Argumentationen der ausgewählten Feuerwehrleute und der Stadträte zu. Die Fraktion Die Mitte/EVP ist einstimmig für Eintreten. Eventuell hat unsere Fraktion in der Detailberatung noch ein, zwei kleine Fragen.

Bill Mistura, SVP: Es wurde bereits gesagt, die Feuerwehr Arbon hat einen wichtigen Auftrag, diesen kann sie schlussendlich nur mit einsatzfähigen Personen und Material erfüllen. In der Botschaft sind die Details bereits ausformuliert worden, ich gehe davon aus, jeder hat sie gelesen, sodass wir dann in der Detaildiskussion vielleicht noch auf weitere Themen kommen werden. Ich werde dann sicher noch das Thema Preisverhandlungen ansprechen, das Thema Teuerung, wie es von Luzi Schmid bereits angetönt wurde, und als dritten Punkt noch den Zeitpunkt der Initiierung der Botschaft. Die SVP-Fraktion ist einstimmig für Eintreten.

Cyrill Stadler, FDP/XMV: Die Fraktion FDP/XMV ist einstimmig für Eintreten. Wir haben keinen Kritikpunkt an der Botschaft an sich, die Beschaffung des Fahrzeugs ist unbestritten, wir möchten einfach darauf hinweisen, dass das Ressort von Luzi Schmid nun schon zum zweiten

Mal verzögert zu Beteiligungssätzen des Kantons oder der Gebäudeversicherung reagiert. Das Feuerschutzgesetz hat am 1. Januar 2021 geändert, es wäre also bekannt gewesen, wie diese Beteiligungssätze aussehen.

Michael Hug, Die Mitte/EVP: Ich habe auch eine zusätzliche Frage zur Vergabe. Der Fahrzeugpreis wurde ungefähr mit CHF 520'000 beziffert. Die Vergabe nach den Gesprächen wurde dann aber mit CHF 677'000 getätigt. Somit schliesse ich daraus, dass die Firma Brändle den Auftrag für Zusatzarbeiten oder Materialien erhalten hat. Dazu meine Frage: Warum hat man das Zubehör nicht gleich mit der Ausschreibung mitberücksichtigt? Es ist ein stattlicher Anteil von 30 %. Ich bin überzeugt, dass man da den besseren Vergabepreis hätte erzielen können. Ich bitte um eine Antwort.

Präsident Peter Künzi, FDP/XMV: Besten Dank Michael Hug, aber deine Frage passt in die Detailberatung, wir sind immer noch beim Eintreten. Möchte jemand das Wort zum Eintreten noch ergreifen?

Stadtrat Luzi Schmid, Die Mitte: Ich habe noch eine Antwort auf den Vorwurf, dass wir das schon zum zweiten Mal verpasst haben, etwas zu merken, was geändert wird. Es ist richtig, das Gesetz ist in Kraft gesetzt. Wir sind davon ausgegangen, bei diesem Fahrzeug geht es um ein Stützpunkt Fahrzeug und die Gebäudeversicherung hat das relativ kurzfristig geändert. Das ist die Ausgangslage. Dann waren wir im Stadtrat gefordert, um die Botschaft vorzubereiten. Wir haben da keinen Zeitverlust provoziert oder gemacht. Im Gegenteil. Wir sind jetzt im Verzug, dass wir diesen Kredit erhalten können, damit wir das Fahrzeug anschaffen können.

Präsident Peter Künzi, FDP/XMV: Wenn es keine Wortmeldungen zum Eintreten mehr gibt, stelle ich fest, dass Eintreten unbestritten ist. Wir kommen nun zur materiellen Beratung.

Ulrich Nägeli, SVP: Die Aufgaben der Feuerwehr werden immer komplexer. Sicher steht die Feuerbekämpfung immer noch an erster Stelle, jedoch gibt es immer mehr Aufgaben, zum Beispiel im Autoverkehr, in der Rettung, im Gewässerschutz, in der Bergung bei Unwettern etc., die der Feuerwehr übertragen werden. Parallel dazu wächst der Fahrzeugpark an verschiedenen Fahrzeugen für die verschiedenen Aufgaben. Auch die Fahrzeuge selber müssen dann an die Anforderungen angepasst werden. Es gibt sozusagen keine Feuerwehrfahrzeuge ab der Stange, sie sind alle Teller-made oder sozusagen wie ein Legobaukasten konfiguriert und auf die individuellen Bedürfnisse der verschiedenen Feuerwehren in der Schweiz ausgelegt. Es gilt, vieles zu berücksichtigen, was ein Feuerwehrfahrzeug – diesmal mit Heck-Kran – können muss. So spielen zum Beispiel Hebelast, Schwenkradius für den Kran eine Rolle, Gebäudehöhen einer Stadt für die Rettungshöhe, Kurvenradien in den auftretenden Gebieten, Motorenleistungen für Steigungen, die zu bewältigen sind. Oder auch die Mannschaftsgröße kann eine Rolle spielen. Diese Kriterien sind für die Auslegung sehr wichtig. Nach diesen Kriterien wird dann entschieden, in erster Linie natürlich, dass alle sicherheitsrelevanten Parameter abgedeckt sind. Der Kaufpreis ist auch wichtig, hat aber unter Berücksichtigung des Anforderungsprofils und der Sicherheitsaspekte eine andere Priorisierung. Die technische Beurteilung kann nur durch Fachpersonen, also Feuerwehrprofis gemacht werden. Unsere Arboner Feuerwehr, heute prominent vertreten durch den Feuerwehrkommandanten Felix Perrone und Vizekommandanten Manuel Britschgi sowie weitere Feuerwehrleute, sind diese Mitglieder und sie beweisen seit Jahren, wie erfahren und effizient sie in ihren Aufgaben sind. So sind sie mit der Evaluierung des Rüstfahrzeugs bestens beraten und können dieser Vorlage sicher vertrauen. Wir von der SVP-Fraktion empfehlen Ihnen daher, diesen Antrag des Stadtrats respektive der Feuerwehr Arbon zu genehmigen.

Rudolf Daepf, SVP: Ich durfte 21 Jahre lang mit dem zu ersetzenen Fahrzeug fahren. Zu jeder Tages- und Nachtzeit ist es gelungen, wir haben einige Leute, einige Autos, einige Tiere gerettet. Wenn man in der Nacht aufstehen darf oder muss, ist man froh, ein gut ausgerüstetes,

einsatzfähiges Fahrzeug zu haben. Ich empfehle dem Parlament, den Kredit für ein neues, derzeit angepasstes Fahrzeug zu bewilligen.

Bill Mistura, SVP: Ich komme auf die drei Themen, die ich bereits beim Eintreten angesprochen habe.

Zu den Preisverhandlungen: Ich habe aus der Botschaft nicht ersehen können, dass nach dem Einreichen der Offerten eine zweite Runde gemacht wurde oder mit der Firma, die letztlich den Zuschlag erhalten hat, noch einmal eine Last-Offer-Verhandlung geführt wurde. Das wäre vielleicht etwas, was man nächstes Mal machen könnte, wenn meine Unterstellung diesbezüglich stimmt.

Zum zweiten Punkt bezüglich der Teuerung: Sie haben es in der Botschaft gesehen, es sind 6 % Teuerung eingerechnet. Soweit ich mich erinnern mag, sind wir in der Schweiz und die Teuerung ist weit von dem entfernt. Mir ist schon klar, das Fahrzeug soll im Herbst 2023 geliefert werden, aber ich meine, auch da müsste man die Verhandlungen so führen, dass man einen Preis fixiert und sich dann ein Kostendach geben lässt. Wenn dann geliefert wird, weiss man, wie die Rahmenbedingungen sind und da hat man eine bessere Position, da nochmals zu verhandeln. Ich glaube, das müsste auch im öffentlichen Recht diesbezüglich möglich sein.

Der dritte Punkt wurde bereits zweimal angesprochen. Auch ich habe mich über die Initiierung und den Zeitpunkt der Botschaft gewundert. Es ist eine einfache Rechnung, wenn man noch von den 50 % hätte profitieren können, dann sprechen wir immerhin über CHF 120'000. Auch das täte unserer Stadt gut, wenn man die noch hätte und schlussendlich anderweitig investieren könnte. In diesem Sinn die Anregungen für die Zukunft, aber wie es mein Voredner bereits gesagt hat, die SVP-Fraktion ist einstimmig für Annahme dieses Antrags.

Lukas Auer, SP/Grüne: Ein Rüstwagen ist für beinahe jede erdenkliche Art von technischer Hilfeleistung bestückt. In den Geräteraumen sind Ausrüstung wie Kettensägen, Greifzüge, Rettungsschere, Spreizer, hydraulische Geräte, Ölbinder etc. dabei. Das Fahrzeug kommt mit seinem schweren hydraulischen Rettungsansatz bei schweren Verkehrsunfällen oder anderen Einsatzgebieten zum Einsatz. Abstützmaterial, Schneidbrenner usw., alles muss vorhanden sein. Jetzt haben wir eine Botschaft, die jetzt noch einen Kran dazu möchte. Ein Feuerwehrfahrzeug ist Sicherheit. Sicherheit, was uns 24 Stunden daran erinnert, dass mutige Männer und Frauen sich diesem Einsatz stellen. Jetzt ein Zeichen zu setzen gegen solch ein Feuerwehrfahrzeug, ist nicht zielführend. Wir haben schon vorab gesagt, wir unterstützen es. Wir wünschen der Feuerwehr nicht viel Spass bei diesem Kran und Feuerwehrauto, ich hoffe, es bleibt in der Garage oder im Depot und verrostet, denn jeden Einsatz, den unsere Feuerwehrleute machen, können sie mit ihrem Leben bezahlen. Das wünsche ich niemandem. Vielleicht, und das hat uns Stadtrat Luzi Schmid schon versprochen, gibt es noch eine öffentliche Schaustellung mit dem neuen Fahrzeug, das würden wir sehr begrüssen. Ich wünsche weiterhin der Feuerwehr Arbon alles Gute und danke vielmals für euren Einsatz, damit wir, wie schon erwähnt, ruhig schlafen können.

Michael Hug, Die Mitte/EVP: Ich entschuldige mich noch für mein vorheriges Vorpreschen, ich war so erfreut, dass ich auch mal eine Frage habe. Mich interessiert bei der Ausschreibung, warum das Zusatzmaterial nicht auch schon ausgeschrieben wurde. Erfahrungsgemäss werden dann die besseren Preise erzielt. So, wie ich die Botschaft gelesen habe, wurde das Fahrzeug ausgeschrieben und dann das Zubehör mit dem, der den Zuschlag erhalten hat, verhandelt oder es bei ihm erworben. Ist das richtig so?

Stadtrat Luzi Schmid, Die Mitte: Ich war bei den Preisverhandlungen nicht dabei, wurde aber regelmässig informiert und ich kann mir vorstellen – ich kann es nicht bestätigen –, es ist so, dass Preise vermutlich nachverhandelt wurden. Ich kann es mir anders nicht vorstellen. Es sind ja verschiedene Aspekte, die massgebend sind, die dann den Ausschlag gegeben haben. Preis,

wie der Service ist, wie der Unterhalt ist, das Angebot. Ich kann es mir nicht vorstellen, dass da der höchste Preis genommen wird, nur weil es vielleicht das beste Fahrzeug wäre.

Angesprochen wurde auch die Teuerung von 6 %. Wir leben heute in einer anderen Welt. Das wäre vermutlich vor drei oder vier Jahren überhaupt kein Thema gewesen, aber wenn Sie heute über längere Frist einen Vertrag abschliessen, garantieren die Ihnen das nur mit Teuerung. Die garantieren Ihnen heute keinen fixen Preis mehr. Materialien, die vom Bau kommen, rechnen mit noch grösseren Wertsteigerungen, die rechnen mit 10 % und mehr. Ich kenne mich beim Automobilhandel respektive den Feuerwehrfahrzeugen nicht so gut aus. Vielleicht machen wir auch ein Geschäft mit diesen 6 %. Es ist einfach eine Sicherheitsmarge, die wir eingebaut haben.

Dann wird wieder gesagt, die Botschaft sei zu spät gekommen. Wir können nur dann handeln, wenn wir wissen, dass sich etwas verändert hat, ansonsten wäre es übers Budget gelaufen und wir hätten das Geschäft abgewickelt. Die Gebäudeversicherung hat uns informiert, dass sie nur noch 30 % subventioniert. Da gibt es nichts mehr zu ändern. Wir haben das schnellstmöglich ins Parlament gebracht.

Zur Frage von Michael Hug zum Zusatzmaterial: Ich bin nicht einer Meinung, dass es billiger gewesen oder geworden wäre, wenn wir alles miteinander ausgeschrieben hätten. Wir haben das Auto ausgeschrieben, es wurde dann speziell ausgewählt. Das Inventar wird jetzt von den Feuerwehrfachleuten zugekauft und von der Firma Brändle geliefert, dann wird es eingebaut. Ich glaube nicht, wenn wir alles miteinander ausgeschrieben hätten, dass es günstiger geworden wäre. Im Gegenteil. Ich vermute, es wäre sogar teurer geworden.

Und noch zu Lukas Auer: Wir sind ein Parlament, alle Fragen sind hier berechtigt und ich bin froh, dass diskutiert wird. Die Zustimmung ist ja, wie ich sehe, vorhanden, dann können wir mit der Feuerwehr so weiterfahren. Ich kann bestätigen, wenn das Feuerwehrfahrzeug dasteht, wird es der Öffentlichkeit bei Gelegenheit gezeigt und Sie können es anschauen. Vielleicht können Sie sogar selber noch hineinsitzen. Besten Dank für die klare und gute Zustimmung, die im Parlament herrscht.

Michael Hug, Die Mitte/EVP: Ich muss nochmals kurz präzisieren. In der Botschaft steht, an der Besprechung vom 21. Mai 2022 wurden die Ausbauoptionen und das Material mit der Toni Brändle AG besprochen. Der daraus resultierende Werkvertragsentwurf weist gesamthaft einen Verkaufspreis in der Höhe von CHF 677'000 aus. Da steht, dass die Firma Brändle damit beauftragt wurde, das zu liefern. Du erzählst jetzt etwas anderes. Es kann schon sein, dass stimmt, was du sagst, Luzi, aber dann ist die Botschaft ein bisschen falsch. Mir wird es so vermittelt, dass die Firma Brändle beauftragt worden ist. Ist das nun korrekt oder ist das falsch?

Stadtrat Luzi Schmid, Die Mitte: Das hätten wir auch bilateral diskutieren können, dass wird jetzt ein bisschen lange. Entschuldigung. Mit der Firma Brändle wurde das abgemacht, aber es wurde abgemacht, dass das Detailmaterial eingekauft wird und geliefert. Auf dieser Basis wurde der Werkvertrag abgeschlossen. Ich lese da nichts anderes heraus. Mehr kann ich dazu nicht sagen.

Abstimmung

Der Antrag des Stadtrats wird einstimmig angenommen.

5. Finanz- und Geschäftsprüfungskommission, Ersatzwahl Rücktritt von Lukas Graf, SP/Grüne

Präsident Peter Künzi, FDP/XMV: Lukas Graf, SP/Grüne war Mitglied der Geschäftsprüfungskommission, daher gilt es, eine Nachfolge zu wählen. Die Fraktion SP/Grüne

schlägt Ihnen vor, Irena Noci als Nachfolgerin zu wählen. Sind Wortmeldungen dazu oder werden weitere Wahlvorschläge gemacht? – Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir über die Wahl offen ab.

Abstimmung

Irena Noci wird einstimmig bei Enthaltung der eigenen Stimme als Mitglied in die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission gewählt.

Präsident Peter Künzi, FDP/XMV: Irena Noci, ich gratuliere dir zu deiner glanzvollen Wahl und wünsche dir viel Erfolg in deiner Funktion als FGK-Mitglied. Gleichzeitig bitte ich dich zu mir nach vorne, damit ich dir das Ehrenabzeichen der Stadt Arbon überreichen kann. Hier in Arbon ist es nämlich üblich, dass Stadtparlamentarierinnen und Stadtparlamentarier an ihrem ersten Arbeitstag diese Auszeichnung überreicht bekommen.

6. Redaktionskommission, Ergänzungswahl Rücktritt Lukas Graf, SP/Grüne

Präsident Peter Künzi, FDP/XMV: Lukas Graf, SP/Grüne war auch Mitglied der Redaktionskommission. Daher gilt es auch hier, eine Nachfolge zu wählen. Die Fraktion SP/Grüne schlägt Ihnen vor, Linda Heller als Nachfolgerin zu wählen. Sind Wortmeldungen dazu oder werden weitere Wahlvorschläge gemacht? – Das ist offensichtlich auch nicht der Fall. Dann stimmen wir über die Wahl offen ab.

Abstimmung

Linda Heller wird einstimmig als Mitglied der Redaktionskommission gewählt.

Präsident Peter Künzi, FDP/XMV: Linda Heller, ich gratuliere dir auch in absentia zu deiner glanzvollen Wahl und wünsche dir ebenfalls viel Erfolg in der Funktion als Mitglied der Redaktionskommission.

7. Reglement Umwelt- und Energiefonds Wahl einer parlamentarischen 7er-Kommission

Präsident Peter Künzi, FDP/XMV: Das Büro hat an seiner letzten Sitzung beschlossen, für diese Botschaft eine vorberatende parlamentarische 7er-Kommission einzusetzen. Wir beantragen Ihnen folgende Zusammensetzung für diese parlamentarische Kommission: Daniel Aerne, FDP/XMV, Daniel Bachofen, SP/Grüne, Ulrich Daepp, SVP, André Mägert, FDP/XMV, Reto Neuber, Die Mitte/EVP, Aurelio Petti, Die Mitte/EVP und Cornelia Wetzel Togni, SP/Grüne. Sind Wortmeldungen dazu oder werden weitere Wahlvorschläge gemacht? – Das ist nicht der Fall. Damit stimmen wir über die Wahl dieser sieben Kollegen in globo und offen ab.

Abstimmung

Die vorgeschlagenen Personen werden einstimmig und bei Enthaltung der eigenen Stimmen gewählt.

Präsident Peter Künzi, FDP/XMV: Als Präsident der Kommission wird Daniel Bachofen, SP/Grüne vorgeschlagen. Werden andere Vorschläge gemacht oder gibt es Wortmeldungen dazu? – Das ist nicht der Fall, dann stimmen wir über die Wahl des Präsidenten ebenfalls offen ab.

Abstimmung

Daniel Bachofen wird einstimmig unter Enthaltung der eigenen Stimme als Präsident der Kommission gewählt.

Präsident Peter Künzi, FDP/XMV: Ich gratuliere Daniel Bachofen und allen gewählten Kommissionsmitgliedern zu ihrer Wahl und wünsche ihnen eine speditive und vor allem konstruktive Kommissionsarbeit.

8. Fragerunde

Präsident Peter Künzi, FDP/XMV: Für die heutige Sitzung sind keine Fragen eingereicht worden.

9. Informationen aus dem Stadtrat

Stadtrat Michael Hohermuth, FDP: Machen wir es hier auch etwas kurz, aber ich finde es noch wichtig, über das Projekt Junges Arbon zu informieren, auch weil in den Medien bereits etwas darüber zu lesen ist.

Vom 15. bis 17. Juni waren wir auf sämtlichen Schulhausplätzen, vor allem bei den Sekundarschulen, aber auch teilweise bei Primarschulen mit einem Pop-up-Büro vor Ort und haben diverse Jugendliche interviewt vor allem zu Kernfragen, was ihnen an Arbon gefällt, aber vor allem auch, was ihnen in Arbon fehlt. Am 24. Juni waren wir dann gezwungenermassen wegen des schlechten Wetters im Hamel-Areal und haben dort vorwiegend Jugendliche zwischen 18 und 21 Jahren angesprochen und zugleich auch ermuntert, doch an der Ideenwerkstatt im September teilzunehmen. Über diese vier Tage hinweg haben wir im Schnitt etwa 350 Jugendliche interviewen können. Ich finde, das ist doch eine beachtliche Zahl, wenn wir das Herunterbrechen. Aktuell sind wir daran, sämtliche Ideen zu clustern, und ich kann Ihnen sagen, es sind doch etliche Ideen, wenn wir davon ausgehen, dass die meisten Jugendlichen uns mehr als eine Idee entgegengeworfen haben. Aber es hat auch viele sich deckende Ideen. Wir sind daran, diese zu clustern und wir werden Sie sicher so schnell wie möglich über die verschiedenen Ideen informieren.

Der nächste Meilenstein ist dann am 17. September, wo die Ideenwerkstatt stattfinden wird. Auch an diesem Event sind nur die Jugendlichen eingeladen und keine Erwachsenen. An diesem Event werden wir mit den Jugendlichen sämtliche Ideen vertieft diskutieren und auch versuchen, gewisse Ideen bereits in die Tat umzusetzen und auch sonst mit ihnen den Weg einzuschlagen, wie Ideen umgesetzt werden. Hier ist sehr erfreulich festzuhalten, dass die jugendliche Begleitgruppe, die uns in diesem gesamten Prozess begleitet, aktiv Werbung betreibt. Das heisst, sie haben das Pop-up-Büro intern beworben, vor allem in ihrem Kollegenkreis. Und ich glaube, sie haben erheblich dazu beigetragen, dass ganz viele Jugendliche den Weg zu uns gefunden haben. Das ist doch eine sehr erfreuliche Richtung in die Zukunft.

Präsident Peter Künzi, FDP/XMV: Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind am Schluss der heutigen Sitzung. Zunächst möchte ich die St. Galler Kolleginnen und Kollegen sowie die Mitglieder des Büros und die Fraktionspräsidenten des Stadtparlaments Arbon zu einem Umtrunk einladen und bitte euch, euch umgehend ins Presswerk für den gemeinsamen Erfahrungsaustausch zu begeben.

Die nächste Parlamentssitzung findet nach den Sommerferien am 20. September 2022 statt. Bis dahin wünsche ich Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren, einen schönen Abend sowie

viele sonnige und erholsame Sommerferientage und vor allem: Bleiben Sie gesund. Die Sitzung ist damit beendet. Besten Dank.

Ende der Sitzung um 21.35 Uhr.

Für die Richtigkeit des Protokolls:

Der Parlamentspräsident:

Peter Künzi

Die Parlamentssekretärin:

Nadja Holenstein